

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreizeiliger Pettizeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Der Völker Maitag

Der Völker Maitag schmückte nun die Wälder
Mit erstem, lachendem Frühlingsgrün,
Und ließ für Wiesen und Rain und Felder
Den Teppich schimmernder Blumen erblühen.

Der Völker Maitag steckte die Kerzen
Des Lenzes auf den Kastanienbaum
Und trug in die sorgenmüden Herzen
Der Freiheit lachenden Zukunftstraum.

Der Völker Maitag kam, um zu zählen
Die Scharen der Arbeit, die ihn sich erkürt
Zum Feste der Freiheit. Er kam, um zu stählen
Den Arm, der sein rauschendes Banner führt!

Der Völker Maitag zerbricht die Schranken
Und Grenzen, die Willkür aufgereiht, —
Er ist ein Sämann, der Flammengedanken
In Herzen und Hirne begeisternd streut!

Der Völker Maitag schweißt und verbündet
Die Arbeitsklaven zur starken Macht; —
Er wirbt um jeden, der abseits sich findet,
Und ruft den Schläfern ins Ohr: „Erwacht!“

Der Völker Maitag befreit von Beschwerde,
Von Kummer und Sorge, von Frondienst und Plag' ...
Es weilt zu Kämpfern die Arbeit der Erde
Des Maien erster, lachender Tag! —

—en.

Maiforderungen.

Die Forderungen, die der Pariser internationale Kongress von 1889 als Objekte der Mai-Demonstration aufstellte, sind noch immer nicht voll erfüllt. Wohl hat man bei uns und in andern Staaten mit der Sozialreform begonnen, aber von wirklich befriedigenden Resultaten sind wir noch recht weit entfernt, und die Hauptträgerin sozialer Fortschritte ist nicht der Staat, nicht das Reich, sondern es sind die Gewerkschaften, die sie erkämpfen und festhalten müssen. Die Gesetzgebung folgt — wenn überhaupt — ihren Groberoberungen mit äußerster Langsamkeit, und meistens gar nicht. Und doch müßte jeder Staat, der sich rühmt, soziale Kultur zu treiben oder gar „an der Spitze der Sozialreform zu marschieren“, von der bewußten Tendenz erfüllt und geleitet sein, das gesetzlich festzulegen, was die Arbeiterschaft oder größere Arbeiterschichten aus eigenen Kräften erreichten. Er müßte es, wenn er wirklich das wäre, wofür er sich ausgibt: der unparteiische Vertreter aller Volksgenossen, der jeden Stand, jede Klasse mit gleicher Fürsorge umfaßt. Ja, dies wäre doch das Mindestmaß seiner sozialen Verpflichtungen! In Wahrheit hat ein moderner Staat noch viel bedeutendere Aufgaben: er soll nicht in alten Formen und verrotteten Vorurteilen, die zuweilen mühsame Kompromisse mit der Gegenwart eingehen, dahinvegetieren, sondern er sollte mit weiser Voraussicht und in immer frischer Tatkraft die Initiative ergreifen, um die aufstrebenden Volksteile vor einem Rückfall in eine schlechtere soziale Position zu bewahren. Damit würde den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter immer wieder eine gesicherte Basis geschaffen, von der aus neue Vorstöße erleichtert wären. Wie weit sind wir von einem solchen Zustande entfernt! Solange die — wenn auch nur theoretische — Möglichkeit besteht, etwa von dem gewerkschaftlich eroberten Neunstundentage auf den Elfstundentage zurückgeworfen zu werden, ohne daß der Staat eingreifen kann, solange kann von einer wirklich ernsthaften

und wirksamen sozialen Kultur nicht die Rede sein. Praktisch wird ein solcher Rückschlag natürlich von den Gewerkschaften verhindert werden; aber diese müssen häufig eben viel zu viel Mittel und Kräfte aufwenden, um das einmal Errungene zu erhalten oder zur allgemeineren Durchführung zu bringen. Es kommt hinzu, daß auch die Unternehmer-Organisationen, je mehr sie erstarken, desto weniger geneigt sind, sich nur auf die passive Abwehr neuer Arbeiterforderungen zu beschränken; vielmehr wächst in ihnen auch die Tendenz, bei einer ihnen günstigen Wirtschaftslage früher gemachte Zugeständnisse zu widerrufen. Jedenfalls erschwert der Mangel einer gesetzlichen Festlegung den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse, an dem der Staat selbst das größte Interesse haben müßte — sogar unserer heutigen Militärstaats, dem gewisse Industrien ein gutes Teil seines Rekrutierungsmaterials verderben.

Unsern Standpunkt bestimmen natürlich sehr viel wichtigere und gewichtigere Gründe, um die Forderungen, die der Pariser Kongress an den Gegenwartstaat stellte, immer wieder mit Entschiedenheit zu betonen und namentlich am 1. Mai jeden Jahres die Gesellschaft daran zu erinnern, daß es außer den Junkern und Kapitalisten auch noch einige andere Menschen im Lande gibt. Denn es erscheint einem doch eigentlich recht merkwürdig, trotzdem wir uns an diesen Zustand schon einigermaßen gewöhnt haben, daß man die „breite Masse“ nur dann schnell findet, wenn es zu zählen gilt, sich ihrer aber sonst nicht allzuhäufig erinnert, trotzdem auf dieser „breiten Masse“ doch schließlich das Staats- und Reichsgebäude ruht. Gibt es etwas zu verteilen, dann richtet sich der fürsorgliche Blick mit Vorliebe auf die „oberen Stagen“. Aber Baumeister, die keine genügende Sorgfalt auf das Fundament verwenden, pflegt man nicht gerade als genial zu bezeichnen. Sie sind es auch in unserm Falle nicht, und vielleicht tut man den verantwortlichen Lenkern unserer Staatsgeschichte überhaupt zuviel Ehre an, wenn man in ihnen „Baumeister“ sieht. „Fortwristler“ wäre am Ende richtiger. Sie haben offen-

bar gar nicht den Ehrgeiz, die Organisation des Staatslebens zu einem logischen, festgefügtten Gebilde auszubauen, das sich durch innere und äußere Zweckmäßigkeit auszeichnet. Denn daran kann doch wohl selbst bei den objektivsten Beurteilern kein Zweifel sein: daß ein Staat um so zweckmäßiger organisiert ist, je mehr seiner Angehörigen sich in ihm wohlfühlen — wenn auch nur einigermaßen.

Man schimpft uns so gern „Staats- und Reichsfeinde“. Aber diese „Feindschaft“ ist nichts anderes als das sehr intensive Bewußtsein, daß der heutige Staat nicht ein Staat für alle, sondern für einige ist! Wie man das auch zu bestreiten und zu bemänteln trachtet — unzählige Handlungen und Unterlassungen der „Maßgebenden“ beweisen es immer von neuem, daß die angebliche Gleichberechtigung der Arbeiter sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete eine Phrase ist.

Die elementarste Voraussetzung für eine wirtschaftliche Gleichberechtigung wäre doch, daß das einzige Eigentum des Proletariats — seine Arbeitskraft — mindestens ebenso geschützt würde, wie das sachliche Eigentum des Bürgers, wie Haus, Geld, Juwelen usw.

Nun sind die Regierungsmänner nebst ihrem besitzenden Anhang bekanntlich der Meinung von Faustens Grethchen: daß sie nämlich schon so viel getan hätten, daß ihnen zu tun fast nichts mehr übrig bliebe. Auch Wilhelm II. hat sich ja einmal in einem ähnlichen Sinne geäußert, als er von der „gefüllten Kompottschüssel“ sprach. Zwischen scheint er seine Meinung geändert zu haben, denn in der Thronrede zum neuen Reichstag ist von einer Fortsetzung der sozialen Gesetzgebung die Rede. Wir begrüßen das natürlich mit Sympathie, müssen aber betonen, daß die neuerdings aufgekommene Methode, in den Regierungsvorlagen jeden Fortschritt mit irgendwelchen reaktionären Maßregeln zu verquiden, auf den entschiedensten Widerstand der Schaffenden stößt. Wenn die herrschenden Klassen jeder durchgreifenden, freiheitlichen Reform ausweichen, so werden die politischen Vertreter der Arbeiter-

chaft das ihre tun, um zugleich zu beweisen, daß wir nicht nur „Objekte der Gesetzgebung“ sein wollen. Darüber hat ja wohl auch die letzte Reichstagswahl keinen Zweifel gelassen! Die deutsche Arbeiterschaft steht keineswegs in der Gestalt des Bettlers am Reichstagsufer in Berlin; sie heischt kein „Kompott“ — was vermutlich Wohlthaten bedeuten soll —, sondern sie möchte auch an den kräftigeren Gerichten beteiligt sein, und zwar „von Rechts wegen“, nicht als nur gebuldeter Fischgaß.

Sie verlangt — und verlangt es heute demonstrativ aus einem Munde —, daß mit der sozialen Kultur endlich einmal Ernst gemacht werde. Sie fordert einen durchgreifenden Schutz der Arbeit, fordert vor allem die gesetzliche Festlegung einer menschenwürdigen Arbeitszeit, um Leben und Gesundheit zu erhöhen und teilzunehmen an den geistigen Gütern unserer Zeit.

In allen Kulturländern der Erde erheben sich heute diese Forderungen; überall verlangt die Arbeit ihr Recht.

Diese Gemeinsamkeit der Interessen verbindet die Schaffenden von Land zu Land. Darum grüßen wir heute unsere Brüder jenseits der Grenzen und sagen ihnen, daß wir auch aus der Barbarei des Völkermordes, des Massenmordes, des Krieges herauswollen — daß wir nichts zu tun haben mit den vernunftverlassenen Schreibern, die ihr blödes Wesen in allen Ländern treiben, nichts auch mit den Diplomaten und ähnlichen Herrschaften, die im Volke zwar ein nützliches Kanonenfutter sehen, sonst aber nicht daran denken, den Arbeiter als einen vollwertigen und gleichberechtigten Mitbürger zu betrachten.

Denn dies ist, kurz zusammengefaßt, die ideale Forderung unseres Kampfes: Heraus aus aller Barbarei hinauf zur Kultur!

Der Zusammenbruch des kapitalistischen Freiheitsprinzips.

II.

Wie allgemein bekannt ist, sind die Arbeiter die ersten gewesen, die mit dem Prinzip der Organisationslosigkeit gebrochen haben, während die Unternehmer noch immer daran festhielten. Und zwar hat sich diese Abkehr auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes zuerst vollzogen. Die Arbeiter hatten instintiv gefühlt, daß sie unter dem Walten der freien Konkurrenz die Dummen waren, und deshalb suchten sie ihr Heil in dem Zusammenbruch. Es hatte sich nämlich gleich in den Anfängen der kapitalistischen Ära ein großes Ueberangebot an Händen auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht, und als dessen natürliche Folge war ein erbitterter Konkurrenzkampf der Arbeiter ausgebrochen. Die Ursachen der Ueberfüllung auf dem Arbeitsmarkte sind in verschiedenen Umständen zu erblicken.

Zunächst wurden am Ausgange des Mittelalters Hunderttausende von Landbewohnern von ihrer Scholle vertrieben, die ihnen bis dahin den Lebensunterhalt gewährt hatte. Besonders in England, der Geburtsstätte des modernen Kapitalismus, war diese Methode sehr beliebt. Die Landlords nahmen den Bauern und kleinen Leuten ihr Eigentum mit List und Gewalt ab und verwandelten das fruchtbare Ackerland in Schafweiden und Jagdgründe. Die armen Vertriebenen mußten ihre Heimat verlassen und ins Elend wandern. Der edle Lordlangley Thomas Morus schilderte in seiner „Utopia“ mit bitterem Ingrimm die Härte der Guldherren, die Männer und Frauen, Greise und Kinder zu landlosen, beschloßen Proletariern machten. Die Scharen der verelendeten Menschen trieben sich zunächst als Bagabunden und Räuber im Lande herum, dann aber wurden sie von den neuauftretenden Großbetrieben aufgenommen, diszipliniert und an die Arbeit gesetzt. Ungefähr um dieselbe Zeit lösten auch die Adligen ihre Gefolgshäufen auf, und alle die Leute, die bisher an den Höfen der Großen herumgelungert hatten, wurden brotlos gemacht und auf die Straße gemorfen; sie mußten sich nach einer neuen Existenz und einem neuen Erwerb umsehen und fanden in

den kapitalistischen Betrieben Unterschlupf. Ferner wurden durch die mit Maschinen arbeitenden Fabriken und schon vorher durch die Manufakturen zahlreiche selbständige Handwerker ruiniert und ins Proletariat hinabgestoßen. Auch die Frauen- und Kinderarbeit, die das Mittelalter in den Gewerben nicht gekannt hatte, griff immer mehr um sich; denn das Kapital zog Massen von Frauen und Kindern zur Bedienung der Maschinen heran, wodurch die Ueberproduktion an Händen ins Ungeheuerliche gesteigert wurde. Um das Unglück voll zu machen, machten die Maschinen zahlreiche Arbeitskräfte überflüssig und trugen dadurch zur Vergrößerung der Konkurrenz bei.

Erklärlicherweise mußten die kapitalistischen Ausbeuter die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes zu ihrem Vorteil aus, und während sie die Freiheit der Arbeit in begeisterten Worten priesen, spannten sie die Arbeiter ins Sklavennoch. Sie waren nun imstande, die Arbeitskraft zu einem beispiellos billigen Preis zu kaufen, indem sie den Arbeitslohn herabdrückten, die Arbeitszeit verlängerten und die Arbeitsintensität steigerten. Dadurch verschlechterten sie die Lebenshaltung der proletarischen Unterschichten und verelendeten die große Masse des Volkes körperlich und geistig. Schmunzelnd sahen sie dem Wirrwarr auf dem Arbeitsmarkte zu und die Organisationslosigkeit erhoben sie zum Prinzip.

Aber die Arbeiter erwachten allmählich aus ihrem Schlummer. Sie rieben sich den Schlaf aus den Augen, sammelten ihre Kräfte und nahmen kurz entschlossen den Kampf um die Arbeitskraft mit dem Unternehmertum auf. Unbekümmert um den Hohn der Gegner griffen sie nach der Organisation als der stärksten Waffe im wirtschaftlichen Kampfe. So entstanden die fachgewerblichen Vereinigungen. Gleich nach der Märzrevolution des Jahres 1848 gründeten die Berliner Schriftfeger Stephan Born und gleichgestimmte Genossen Fachvereine zum Zwecke der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wenn diese jungen Blüten am Baume der Organisation auch bald dem Gifthauche der Reaktion zum Opfer fielen, so lebten sie doch bei erster Gelegenheit wieder auf. Heute sind die Gewerkschaften zu einer Macht geworden, die auf dem Arbeitsmarkte ein gewichtiges Wort mitzusprechen hat. Sie haben es fertiggebracht, das Angebot von Arbeitskräften zu regulieren und dadurch auf die Preisbildung der Ware Arbeitskraft einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Die gewerkschaftlichen Erfolge auf dem Gebiete der Lohn-erhöhungen und der Arbeitszeitverkürzung sind allgemein bekannt.

Auch auf dem Warenmarkte machte sich allmählich ein Ueberangebot bemerkbar. Infolge der modernen Maschinenteknik sowie der verbesserten Arbeitsmethoden war die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeitskraft ungeheuer gestiegen, und nun wurden viel mehr Waren erzeugt und auf den Markt geworfen, als gebraucht wurden respektive gekauft werden konnten. Die Kaufkraft der großen Masse hielt mit der Produktivkraft der Arbeit nicht gleichen Schritt und so entstand eine Ueberproduktion an Waren, die ein Herabdrücken der Preise, ja einen förmlichen Preissturz bewirkte. Die Kapitalisten, als die Erzeuger und Verkäufer dieser Waren, empfanden die niedrigen Preise als eine Schädigung ihres Geldbeutels und deshalb sann sie auf Mittel und Wege, um die Preise wieder in die Höhe zu treiben. Und sie erkannten die wirtschaftliche Organisation als das wirksamste Mittel. Jetzt geschah das Mefwürdige, daß dieselben Leute, die noch vor kurzem die freie Konkurrenz als das Allheilmittel hingestellt und die Organisation als Rückständigkeit und Schwäche gebrandmarkt hatten, kurz und erbaulich ihre Prinzipien ins alte Eisen warfen und im Handumdrehen begeisterte Anhänger des Organisationsgedankens wurden. Sie schlossen sich zusammen zu Trusts, Kartellen und Syndikaten, um unter Ausschaltung der freien Konkurrenz das Angebot von Waaren zu regeln respektive zu beschränken. Bekanntlich haben diese Unternehmerorganisationen mit der Bewegungsfreiheit radikal aufgeräumt; sie üben gegen die außenstehenden Kollegen, die die Schröpfung der Konsumenten nicht mitmachen wollen, einen Terrorismus aus, der sich die wirtschaftliche Vernichtung des Betreffenden zum Ziel gesetzt hat, gegen den der vielgeläuterte gewerkschaftliche Terrorismus das reinste Kinderspiel ist. Ihren Mitgliedern lassen sie erst recht wenig Freiheit: sie schreiben ihnen vor, wie viele Waren und welche Sorten sie produzieren dürfen, welchen Verkaufspreis sie nehmen

müssen und in welchem Bezirk sie zu liefern haben. Die einstmaligen freien und selbstbewußten Unternehmer sind zu Kommiss des Syndikatsvorstandes geworden, dessen Befehle sie ausführen und dessen Kontrolle sie unterstehen. Um höhere Preise zu erzielen, haben sie ihre Freiheit, das allerköstlichste Gut, auf dem Altare des Gottes Mammon geopfert und sich selbst in die schmachlichste Knechtschaft verkauft. Es ist eine bittere Ironie des Schicksals, daß die kapitalistischen Freiheitsschwärmer sich viel brüderlicher Fesseln auflegen als irgendeine Arbeiterorganisation.

Allmählich verspürte auch die große Masse der Konsumenten die Folgen der Kartellierung auf dem Gebiete der Industrie und des Handels. Diese Folgen machten sich in den höheren Preisen fühlbar. Hierdurch wurden die Käufer ausgerüstet und auf den wirtschaftlichen Zusammenschluß hingewiesen. Nun bildeten sich die Käuferorganisationen in der Form von Konsumgenossenschaften und entfalteten eine regenreiche Tätigkeit, indem sie die Nachfrage nach Waren regulierten und die Güterverteilung organisierten. Der gemeinschaftliche Wareneinkauf und die planmäßige Verteilung der Waren an die Mitglieder der Genossenschaft verfolgt offenbar den Zweck, ein Gegengewicht zu schaffen gegenüber dem kartellierten Unternehmer- und Händlerum. Es liegt ja nichts näher, als daß, wenn die Warenproduzenten und Warenverkäufer sich kartellieren, um höhere Preise zu erzielen, sich auch die Konsumenten und Käufer der Waren zusammenschließen, um billigere Preise zu erzielen. Die Konsumgenossenschaften sind, rein wirtschaftlich betrachtet, das natürliche Ergebnis des Kampfes um die Warenpreise. Merkwürdig ist es, daß sich auch die Zwischenhändler zu Einkaufsvereinigungen zusammenschließen, daß sie aber in demselben Atemzuge auf die Konsumgenossenschaften den Hohn des Himmels herabfließen. Das ist auch ein Beispiel jener kapitalistischen Doppelmoral, die so weit verbreitet ist, daß sie kaum noch auffällt.

Der letzte Ring in der Entwicklung von der Organisationslosigkeit zur Organisation wird gebildet von den Arbeitgeberverbänden, die den Zweck verfolgen, durch Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Preis der Ware Arbeitskraft herabzudrücken. Auf dem Arbeitsmarkte, auf dem einstmalig die reine Anarchie und der regellose Kampf herrschte, stehen sich heute Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände wie zwei bis an die Zähne bewaffnete Schlachtreihen gegenüber. Die ersteren wollen mit Hilfe des Streiks und auf andere Weise das Angebot an Arbeitskräften vermindern, um dadurch die Arbeitgeber zu zwingen, höhere Preise für die Arbeitskraft zu zahlen, die letzteren wollen im Gegenteil mit Hilfe der Aussperrung und auf andere Weise das Angebot von Händen vermehren und die Arbeitsgelegenheit vermindern, um dadurch die Arbeiter zu zwingen, ihre Arbeitskraft zu billigeren Preisen herzugeben.

Wenn wir zum Schluß den Sinn unserer Ausführungen zusammenfassen, so sagen wir: Wie auf dem Warenmarkte, so sind auch auf dem Arbeitsmarkte Käufer- und Verkäuferorganisationen entstanden, die gegeneinander einen erbitterten Preiskampf führen. Dadurch ist das Grundprinzip des Kapitalismus, die schrankenlose Bewegungsfreiheit im wirtschaftlichen Leben, vollständig zusammengebrochen. Die Freiheitsphrasen des Frühkapitalismus sind verklungen und der Organisationsgedanke hat auf der ganzen Linie gesiegt. Brutus.

Terrorismus in den Innungen.

II.

In den meisten Fällen werden von den Innungsmitgliedern solche ungeschickliche Beschlüsse mit Zähneknirschen entgegengenommen, trotzdem sie einsehen, daß durch solchen Terror eine bedeutende Schädigung ihrer Geschäfte die Folge sein muß. Wo aber das unerträglich wird, dort protestieren auch die Unternehmer. Die Rixdorfer Bäckermeister erließen 1907 nachstehendes Zirkular an die tariftreuen Innungsmitglieder:

An die Herren Bäckermeister von Rixdorf!
 Werter Herr Kollege! Die Rixdorfer Zwangsinnung, der viele von uns nur gezwungen angehören, plant, nach den letzten Klagen und Strafen, mit denen sie die eigenen Handwerkskollegen belästigte und schädigte jetzt,

Die Hefe und ihr Leben.

II. (Nachdruck verboten.)

Die Gärung erfolgt, wie wir heute wissen, durch die Wirkung gewisser Enzyme, die sich im Leibe der betreffenden Gesezellen befinden. Diese Enzyme stehen den Eiweißstoffen nahe und sind dadurch ausgezeichnet, daß sie komplizierte chemische Verbindungen in einfachere Bestandteile zerlegen. Sie üben also eine Sprengwirkung aus und sind darum den Explosivstoffen verglichen worden. Die Alkoholgärung wird durch die von Buchner dargestellte Zymase hervorgerufen, die wohl das wichtigste Enzym der Hefe ist. Außerdem enthält die Hefe noch andere Enzyme, die Invertase, unter deren Einfluß Rohrzucker unter Wasseraufnahme in seine Bestandteile Traubenzucker und Fruchtzucker zerlegt wird. Ein anderes Enzym, das sich in vielen Hefespezies vorfindet, spaltet den Malzzucker unter Wassereintritt in seine Bestandteile, in zwei Moleküle Traubenzucker. Dieses Enzym wird Maltase genannt. Ein anderes Enzym, das ebenfalls aus vielen Hefespezies dargestellt wurde, spaltet den Milchzucker in seine Bestandteile. Alle diese Enzyme haben eine Optimaltemperatur ihrer Wirksamkeit und werden durch Ueberschreitung der Temperatur um einen gewissen Grad, der für die einzelnen Enzyme verschieden ist, zerstört.

Wir wenden uns nun zu dem wichtigsten Enzym der Hefe, der alkoholbildenden Zymase, zu, deren Nachweis im Hefepresssaft für die Entwicklung der Gärungstheorie und die Erklärung des Gärungsproblems von maßgebender Bedeutung geworden ist. Die spezifische Gärwirkung hatte man schon lange einem besonderen Enzym zugeschrieben, war aber bis zu den Untersuchungen Buchners nicht im-

stande gewesen, seine Anwesenheit exakt zu beweisen. Wir wollen zum besseren Verständnis kurz auf die Entwicklungsgeschichte der Gärungsprobleme eingehen. Der berühmte Laboussier stellte als erster fest, daß bei der Gärung zuckerhaltige Lösungen zugleich mit dem Verschwinden des Zuckers Alkohol, Kohlensäure und Essigsäure entstehen, und kurze Zeit danach stellte schon Gay-Lussac die Gärungsgleichung auf, die genau erkennen läßt, wieviel Alkohol und Kohlensäure aus einer bestimmten Menge Zucker, die vergoren wird, entsteht. Diese Gleichung hat noch heute ihre Gültigkeit und hat nur geringe Aenderungen durch die Arbeiten Pasteurs erfahren. Die Gärungsgleichung Gay-Lussacs ist die chemische Grundlage der Erklärungsversuche geworden. Die beiden erstgenannten Forscher betrachteten lediglich den Sauerstoff als die Ursache des Gärungsprozesses; der Hefe schrieben sie überhaupt keine Bedeutung dafür zu. Sie galt nur als eine bedeutungslose Ausscheidung der Zuckersäure und wurde zunächst nicht weiter beachtet, obwohl schon der berühmte holländische Biologe Leeuwenhoek (1632 bis 1723) die Hefe mikroskopisch untersucht und eine recht zutreffende Beschreibung ihrer Formen gegeben hatte. Er gab sowohl von der Bierhefe wie der Weinhefe Abbildungen, hielt sie aber nicht für belebte Organismen, sondern für eiweißartige Niederschläge, die er mit den konzentrisch geschichteten Stärkekörnchen verglich.

Die biologische Seite der Gärung wurde dann nicht weiter untersucht, bis Cagnard de Latour und Theodor Schwann, der berühmte Entdecker der Zellentheorie, den Nachweis brachten, daß die Hefezellen lebende Organismen darstellten. Schwann sprach die Ansicht aus, daß die Gesezellen den Zucker zu ihrer Ernährung verwenden und

die unbrauchbaren Bestandteile in Form des Alkohols und der Kohlensäure ausscheiden. Damit wurde die biologische Auffassung des Gärungsproblems begründet, der sich bald darauf der Altmeister der chemischen Forschung in Deutschland, Justus v. Liebig, mit aller Energie entgegenstellte. Liebig wollte in der Gärung keinen biologischen, von der Lebenstätigkeit besonderer Organismen abhängigen, Prozeß, sondern einen rein chemisch-physikalischen Vorgang erblicken. Er stellte eine Fermentationstheorie der biologischen Auffassung entgegen und gab an, daß die mit der Oxydation der Hefe verbundene chemische Bewegung sich auf den Zucker übertrage und seinen Zerfall verursache. Die Hefe spielte nach ihm nur die Rolle einer sich zerlegenden organischen Substanz; ihrer Eigenschaft, sich zu vermehren nach Art lebender Organismen, legte er keinen Wert bei. Gilhart Mitscherlich und Hermann Helmholtz führten eine Reihe von Versuchen aus, die bewiesen, daß die alkoholische Gärung nur eintritt, wenn die Gesezellen selbst anwesend sind, konnten aber gegenüber den Argumenten Liebig's mit ihren Meinungen nicht durchdringen. Erst dem berühmten Biologen und Gärungsphysiologen Pasteur, der auch durch seine bakteriologischen Forschungen für die Entwicklung der Hefehunde bahnbrechend gewirkt hat, gelang es, Liebig's Fermentationstheorie und Auffassung, daß die Gärung ganz ohne Beteiligung lebender Organismen vor sich gehe, umzustoßen und dem Satz: „Ohne Organismen keine Gärung“ allgemeine Anerkennung zu verschaffen. Wie wir im nachfolgenden noch ersehen werden, hat er hinsichtlich der biologischen Verhältnisse der Alkoholgärung recht behalten. Die Ursache der Gärung sind die Hefezellen insofern, als in ihrem Leibe das die Gärung auslösende Enzym gebildet wird. Dieses Enzym, die Buchnerische Zymase, vermag aber

wieder einen neuen hinterlistigen Gewaltstreich. Es sollen alle Kollegen, die ihre Arbeitskräfte nicht im Innungsarbeitsnachweis bestellen, in Strafe von M. 20 genommen werden. Wir haben uns aber durch Ehrenwort und Tarif verpflichtet, den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen. Die Innung will den Kampf, der uns schon genug Sorge und Nachteile gebracht hat, von neuem entfachen. Wir wollen aber endlich Frieden, nicht noch mehr Haß und Zwietracht zwischen uns und unsern Kunden und der Geseilschaft. Die Innung will uns wieder den Gerichtsvollzieher ins Haus schicken, will uns wieder von neuem schädigen und mit Klagen und Strafen belästigen. Dagegen gilt es von allen, die Frieden wollen, in der schärfsten Weise zu protestieren. Erscheint daher alle in der Innungsversammlung am 16. September, abends 8 Uhr, bei Gröpler, Bergstr. 147, um gegen diese neue Vergewaltigung entschiedene Stellung zu nehmen!

Mit kollegialischem Gruß!

Heinrich Hümler, Oswald Schenck, Johannes Dybowski, Gerthastraße, Bergstr. 84, Knefelbeckstr. 146.

Die königstreuen Unternehmer stürzten sich auch nicht an die Worte des Kaisers, nach welchen derjenige, welcher andere an der Ausübung ihrer Arbeit hindert, mit Zuchthaus bestraft werden soll. Sie waren im Gegenteile sehr eifrig bemüht unliebsame Arbeiter dem Hungertode zu überantworten.

In Cassel fekte die Innung 1900 für die Mitglieder eine Konventionalstrafe von M. 100 fest, die bezahlt werden mußten, wenn das Verbandsmitglied Klage in Arbeit eingeklagt wird.

Die Innung in Solingen beschloß 1900, bei einer Strafe von M. 60 kein Verbandsmitglied zu beschäftigen.

Die Freie Bäckerinnung in Freiburg i. B. beschloß 1908 in einer Innungsversammlung, sämtliche Verbandsmitglieder zu entlassen. Dem Beschluß wurde auch zum Teil von den Innungsmitgliedern Folge geleistet.

In Chemnitz faßte die Innung 1903 nachstehenden Beschluß:

Sie haben am 17. Februar einen Gesellen unter Verletzung des § 46 Abs. 2 der Innungsstatuten in Arbeit eingeklagt und bis dato noch in Arbeit behalten. Wir machen Sie auf die genaue Befolgung dieses Paragraphen aufmerksam; im Unterlassungsfalle würden wir uns genötigt sehen, Sie mit einer Ordnungsstrafe zu belegen.

Der Innungsvorstand. M. Liebel, Obermeister.

Nachstehender Brief vom Obermeister in Reinickendorf zeigt uns, wie es gemacht wird, wenn unliebsame Elemente ferngehalten werden sollen:

Bäckerinnung Reinickendorf und Umgegend (Zwangsinnung).

Herrn Heinrich Jähne, Obermeister der Bäckerinnung Ober-Schönweide.

Reinickendorf, den 3. Juli 1907.

Lieber Kollege Jähne!

Ich wurde gestern zum Bäcker Deiner Bäckerei gerufen, er meinte, er müsse durchaus bewilligen, und zwar ist der Sachverhalt folgender:

Der Geselle des Kollegen Kube hatte sich an der Hand eine Brandwunde zugezogen. Trotzdem der Geselle ein ärztliches Attest beibrachte, hat die fanatische rote Menge, namentlich die Heilmache- oder Portierfrau, fortwährend ausgeschrieben, Kube beschäftige einen Gesellen, welcher die Krätze hat. Infolgedessen ist der Kollege Kube recht schwer geschädigt, und ich habe ihm versprochen, Dir den Sachverhalt mitzuteilen. Ich weiß nicht, lieber Kollege Jähne, ob es in Deinem Interesse liegt, wenn dieses fanatische Weib Deinen Bäckereipächter so sehr schädigt, daß derselbe womöglich den Laden schließen muß. Ich würde dieses Weib nicht nur rauschmeißen, sondern auch veranlassen, daß sie strafrechtlich belangt wird. Vielleicht trittst Du der Sache näher. Inzwischen grüßt herzlich Emil Liebing.

Die Berliner Innung faßte 1904 den Beschluß, daß Mitglieder, welche Gesellen nicht vom Innungsarbeitsnachweis beziehen, in eine Strafe von M. 20 zu nehmen sind.

In Kiel verbot die Innung im Jahre 1904 und 1911 Listen der in den Streit getretenen Gesellen an die benachbarten Innungen mit dem Ersuchen, diese nicht in Arbeit zu vermitteln. Also nicht nur am Orte sollen diese Kollegen, welche ihre Rechte forderten, ausgesperrt, sondern auch in andern Städten noch ausgehungert werden.

auch für sich allein die Gärung einer Zuckerrösung herbeizubringen, so daß der ganze Vorgang doch als ein chemischer aufgefaßt werden muß, wenn auch in ganz anderer Weise, als Liebig es getan hat. Durch mustergültige, über lange Jahre fortgesetzte Versuche bewies Pasteur, daß die Gärung immer mit der Entwicklung lebender Organismen einhergeht, daß ganz ähnliche niedere Lebewesen, wie sie in der Hefe vorhanden sind, auch in der Luft zu finden sind. Auf Grund dessen formulierte er im Jahre 1876 seine berühmte Gärungstheorie dahin, daß die lebenden Hefezellen, wenn sie in einer Zuckerrösung gezwungen sind, abgesperrt von der Luft zu leben, als Gärungserreger wirken. Die Hefezellen sind nach Pasteur dann gezwungen, den für ihre Entwicklung nötigen Sauerstoff dem Zucker zu entnehmen, und spalten ihn deshalb. Einen geringen Teil verbrauchen sie für sich, während der übrige Teil des Sauerstoffes und Kohlenstoffes aus dem Zucker zu neuen Verbindungen, nämlich den Gärungsprodukten Alkohol und Kohlenäure, zusammengefügt wird. Wenn der französische Forscher auch den biologischen Charakter der Hefezellen sicherstellte, so erwies sich seine Ansicht, daß die Gärung nur beim Abschluß von Sauerstoff erfolgte, weil die Hefezellen dann gezwungen seien, ihren Sauerstoffbedarf dem Gärmaterial, also dem Zucker, zu entnehmen, bald als unrichtig. Karl Nägeli ist dieser Ansicht Pasteurs entgegengetreten und hat sogar bewiesen, daß Zutritt von Sauerstoff der Alkoholgärung in einer Zuckerrösung unter gewissen Umständen eher günstig als schädlich ist.

Wir sehen also einen dauernden Streit um die Gärung der Gärungsvorgänge, in den die berühmtesten Namen der biologischen und chemischen Wissenschaften verwickelt sind. Fortdauernd werden neue Probleme gestellt,

Der Innungsterror hat aber dabei nicht haltgemacht. Bei Streiks wurden sogar Mehllieferanten gezwungen, an solche Bäckermeister, welche die Gehilfenforderungen anerkannt hatten, keine Waren zu liefern, oder die Mehllieferungen an die Konsumvereine einzustellen. Im Jahre 1906 verschickte die Innung in Stendal folgendes Schreiben:

Wir nachstehend verzeichneten Bäckermeister der Stadt Stendal gestatten uns, Ihnen davon Kenntnis zu geben, daß hierorts vor einiger Zeit eine Konsumbäckerei von dem hiesigen allgemeinen Konsumverein in Betrieb gesetzt worden ist. Selbstverständlich bedeutet dies Unternehmen eine tiefschneidende Schädigung unseres Gewerbes, und wir haben zur Abwehr der drohenden Gefährdung unserer Existenz unter andern folgendes beschloffen:

Jede geschäftliche Verbindung mit denjenigen Firmen, die an hiesige Konsumvereine, insbesondere an den Allgemeinen Konsumverein mit seiner Bäckerei, Waren irgendwelcher Art liefern, ist abzubrechen.

Wir hoffen, daß auch Ihre werthe Firma uns Stendaler Bäckermeister vor Gefahren obenbezeichneter Art zu schützen bereit ist, und eruchen Sie, uns Ihre Erklärung dahin abzugeben, daß Sie sich an unsern Beschluß gebunden halten. Ihre Antwort wollen Sie gefälligst an Herrn Müller, Bahnhofstraße 48, senden. Das Resultat wird sämtlichen Kollegen und Innungen zur Kenntnis gebracht werden.

Und in Kiel wurde einem Bäckermeister, der 1904 die Gehilfenforderungen anerkannte, von einem Mehlländler diese Mitteilung gemacht:

Ich muß Ihnen leider die Mitteilung machen, daß ich Ihnen unter den heutigen Umständen noch kein Mehl liefern kann, Sie wissen ja auch, wie peinlich die Lage für mich als Geschäftsmann ist, wie Sie auch wohl gehört, bin ich sozusagen bei allen Bäckereien Lieferant, und um mein Geschäft hochzuhalten, mich der Mehrheit anzuschließen.

Mehlhandlung L. Brede, Wafenismauer.

In Colmar i. G. forderte die Innung von den Gesellen 1904 die Unterzeichnung eines Schriftstücks, nach welchem sie sich verpflichten sollen, in der Genossenschaftsbäckerei nicht in Arbeit zu treten. Der Terror wird aber nicht nur gegen die Gesellen allein ausgeübt, sondern die Unternehmer erdreisten sich sogar, von den Mietern zu verlangen, daß sie nur ihre Waren bei ihnen beziehen dürfen.

In Berlin verlangte ein Bäckermeister, welcher Hausbesitzer ist, im Mietkontrakt, daß die Vermieter ihre Brot- und Backwaren von ihm beziehen müssen.

Die Zwangsinnung in Hannover versandte an ein Mitglied folgendes in der Innungsversammlung am 15. März 1901 gefaßten Beschluß:

Teile im Auftrage des Vorstandes der vereinigten Bäckermeister folgendes mit:

Am 15. d. M. wurde in der Generalversammlung beschloffen:

1. Da es uns durch gütliches Zureden nicht gelungen ist, Sie von der notwendigen Erhöhung der Backpreise zu überzeugen und wir die Unterschrift Ihres Mannes nicht anerkennen wollen (die Frau ist Inhaberin des Geschäfts), so haben wir die umliegenden Bäcker in Ihrer Nachbarschaft beauftragt, vom 1. April d. J. ab sämtlichen Hausbäckern aus der Listerstraße die Kuchen und Semmel gratis zu backen. Der Schaden, der dadurch entsteht, wird von den vereinigten Kollegen getragen.

2. Am 1. April d. J. werden in sämtlichen Wohnungen der betreffenden Straße Zettel mit dieser Bekanntmachung verteilt.

Geehrte Frau Haarkamp! Wir glauben nun, in Ihrem Interesse zu handeln, wenn wir Sie nochmals auffordern, bis zum 21. d. M. Ihre eigenhändige Unterschrift zu geben und die Vereinbarung zu halten. Sollten Sie aber trotzdem noch nicht überzeugt sein, so haben Sie sich die Folgen selbst zuzuschreiben. Hochachtungsvoll Der Vorstand: Otto Brömer, Bäckermeister, Flügelstr. 18.

*

Wir sagten schon eingangs, daß wir nur insoweit in der Lage sind, die Terrorismusbeschüsse der Innungen zu veröffentlichen, soweit sie uns zur Kenntnis gelangten. In den meisten Fällen werden solche ungeschickliche Beschlüsse streng geheim gehalten. Diese Sammlung genügt aber vollständig, um das wahre Gesicht der Unternehmer zu zeigen, die nicht genug über den Terrorismus in den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften schimpfen können, aber in der raffiniertesten Weise in ihren Organisationen einen fast unerträglichen Druck

neue Versuche zur Entkräftung alter Ansichten gemacht, und noch immer hat sich das Rätsel nicht gelöst. Von diesen zahlreichen Experimenten haben aber die einzelnen Wissenschaften großen Nutzen gehabt; gerade durch die Fortschritte, deren Bekämpfung immer eine lange Diskussion der beteiligten Kreise hervorgerufen hat, ist schließlich die Wahrheit entdekt worden.

Die Ursachen der Gärung waren noch unerklärt. Einzelne glaubten, daß die Hefezellen den Zucker als Nahrungstoff vorwiegend gebrauchen, ihn assimilieren und dabei Alkohol und Kohlenäure als Stoffwechselprodukte ausschleiden. Auch diese schon von Schwann aufgestellte Hypothese erwies sich als falsch. Die Gärungsvorgänge haben mit der Ernährung der Hefezellen nichts zu tun; das geht schon daraus hervor, daß, wie die Gärungsgleichung zum Ausdruck bringt, fast die gesamte Zuckermenge ver-goren wird, nur ein minimaler Teil, etwa ein Prozent, den Hefezellen selbst als Nahrung zugute kommt. Der Botaniker Pfeffer hat ermittelt, daß andere Pilze, z. B. die Schimmelpilze Penicillium glaucum, Aspergillus niger, aus einer Traubenzuckerrösung 33 bis 43 Teile assimilieren, d. h. zum Aufbau ihrer eigenen Körpersubstanz verwenden; es ist darum ausgeschlossen, daß die Hefepilze eine so viel geringere Menge dazu verwenden würden. Auch können Gärungserreger sehr leicht ihre Gärfähigkeit verlieren, ohne an ihrem Fortpflanzungsvermögen Einbuße zu erleiden. Dies müßte aber der Fall sein, wenn die Gärung mit dem Ernährungsvorgang der Hefezellen parallel ginge; wenn die Gärung leidet, müßte dann auch ihre Lebensfähigkeit leiden. Man konnte also auf diese Weise die Gärung nicht erklären.

auf solche Mitglieder ausüben, welche mit der Arbeiterschaft in Frieden leben wollen. In einer Fortsetzung werden wir die Bäckerinnungspetition, in welcher vom Bundesrat und dem Reichstag gefesselte Bestimmungen eines Verbots des Streikpostens und Boykotts verlangt werden, besprechen.

Die Christlichen als Schutzgarde der Unternehmer.

I.

Auf die Vorgänge, die sich in den letzten Jahren im Lager der nationalgejimmten Arbeiterverbände abspielten, haben wir an dieser Stelle wie auch in unsern Jahrbüchern schon öfters hingewiesen. Die deutsche Arbeiterbewegung geht einer reinlichen Scheidung entgegen in der Weise, daß sich dem Millionenheer der freien Organisationen gegenüber der ganze Troß der christlichen, gelben, blauen und sonstigen nationalen und vaterländischen Verbände zusammenschmeißt zum Schutze des Unternehmerrgeldsackes. Vom Scharfmacherorgan, der „Arbeitgeber-Zeitung“, wurde diese Erscheinung in Nummer 1 vom Jahre 1911 mit den Worten gemühdigt:

„So wie die Dinge jetzt liegen und wie sie voraussichtlich auch in der nächsten Zeit liegen werden, ist es demnach nur dringend anzuraten, daß die Verdrängung eines Zusammengehens mit der nationalen Arbeiterschaft seitens der organisierten Unternehmer für das kommende Jahr ernstlich in Erwägung gezogen wird. Und dies um so mehr, als derart auch auf den Ausfall der bevorstehenden Reichstagswahlen mit Hilfe der Kollierung der Gegner der Sozialdemokratie hier und da noch in unerwarteter Weise ein wohlthuender Einfluß auszuüben sein dürfte.“

Die vom Scharfmacherblatt erwarteten Erfolge bei einem Zusammengehen des Unternehmertums mit der nationalen Arbeiterschaft sind bei den Reichstagswahlen zu ihrem Leidwesen „wohlthuend“ in das Gegenteil umgeschlagen, weil die Empörung der arbeitenden Bevölkerung über die ungeheure Raubpolitik von den herrschenden Klassen auf die Taschen der Vermitteln nun doch größer war, als das Verlangen nach einem Verleumdungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie. Die Führer der „nationalen Arbeiterschaft“ haben sicher alles getan, um bei den Wahlen ihren „wohlthuenden Einfluß“ auszuüben. Und doch wurde die schwarz-blaue Parteirichtung aus ihrer früheren Machtstellung verdrängt.

Raum waren die Reichstagswahlen vorüber, so trat bei den christlichen Gewerkschaften eine vollständige Frontänderung ein. Während in früherer Zeit sowohl in den Versammlungen als auch in der Presse noch kräftige Töne gegen die Ausbeuter angeschlagen wurden, spitzte sich von nun an die Polemik ausschließlich gegen die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften zu. Verleumdungen, Lügen und Niedertracht gegen die freie Arbeiterbewegung suchten sich gegenseitig den Rang abzulaufen. Das Unternehmertum wird förmlich angewinkt, bei Lohnunterschieden nur mit den Christlichen in ein Vertragsverhältnis einzutreten. Der Tenbenzumschwung ist keineswegs nur auf Veranlassung einiger simpler Christenführer eingetreten, sondern, wie tausendfältig nachgewiesen werden kann, von den Drahtziehern der Zentrumsparthei befohlen worden. Die Ursache liegt nicht nur allein in dem Ausgang der Reichstagswahlen begründet, wobei die seit her herrschende Partei in das Hintertreffen geschoben wurde, insoledessen nun versucht, auf den Hintertreppen der Ministerwohnungen ihren unheilvollen Einfluß auf die Reichsregierung geltend zu machen, sondern in Vorgängen, die schon auf Jahre zurück datieren.

Die Stellungnahme des Papstes zur Arbeiterfrage im Motu proprio vom 18. Dezember 1903 war die Triebfeder für die Frontänderung der „Christlichen“. Danach verordnete der Papst in 19 Theesen für alle Katholiken u. a. folgendes:

Die menschliche Gesellschaft ist nach göttlicher Anordnung aus ungleichen Teilen zusammengesetzt, so wie die Glieder des menschlichen Leibes ungleich sind; eine Gleichstellung aller ist unmöglich und hat die Auflösung der Gesellschaft selbst zur Folge.

Daraus sowie aus der Anordnung Gottes folgt, daß es in derselben Fürsten und Untertanen, Arbeitgeber und Arbeiter, Reiche und Arme, Gelehrte und Ungelehrte, Vornehme und Gemeine gibt, die, durch das Band der Liebe geeinigt, sich gegenseitig unterstützen sollen, um ihre letzte Bestimmung im Himmel und hier auf Erden ihr materielles und sittliches Wohl zu erreichen.

Das Privateigentum ist unter allen Umständen, sei es als Frucht der Arbeit oder des Gewerbes oder infolge von Uebertragungen oder Schenkungen, Naturrecht, und jedermann kann darüber in vernünftiger Weise nach seinem Gutdünken verfügen.

Dann folgen Verhaltensmaßregeln über die katholischen Schriftsteller, worunter besonders wieder diese von Interesse ist:

Schließlich sollen die katholischen Schriftsteller bei der Verteidigung der Sache der Besessenen und der Armen sich hüten, eine Sprache zu führen, die im Volke eine Abneigung gegen die höheren Klassen der Gesellschaft hervorbringen könnte. Sie sollen nicht von Zurückstellung und von Gerechtigkeit sprechen, wenn es sich nur um die Liebe handelt, wie oben erklärt worden ist. Sie mögen sich erinnern, daß Jesus Christus alle Menschen mit dem Bande der gegenseitigen Liebe einigen will, welche die Gerechtigkeit vervollkommenet und welche die Pflicht in sich schließt, für das gegenseitige Wohl zu arbeiten.

Der Papst befiehlt also hier: Wer Anecht ist, muß Anecht bleiben und verlangt von allen Katholiken, sich dieser Sklavenmoral zu unterwerfen. Und auch die christlichen Gewerkschaftsführer nahmen dieses Pronunziament nicht ruhig hin, sie traten sogar in offene Rebellion gegen ihr kirchliches Oberhaupt. Dann folgten Unterhandlungen der Zentrumsführer mit Rom. Mittlerweile mauferten sich die katholischen Facharbeiter und damit setzte bei den christ-

lichen Gewerkschaften eine Hebe gegen ihre Berliner Glaubensgenossen ein, wie man sonst nur eine solche gegen die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften gewohnt war. Aber schon im Vorjahre konnte die Beobachtung gemacht werden, daß es in dem Blätterwald der christlichen Gewerkschaften auffallend ruhig wurde und gegen die katholischen Fachabteilungen kein Wort des Tadels zu hören war. Die Einstellung des Kampfes ist auf die Absichten des höheren Klerus erfolgt, der eine Verschmelzung der christlichen Gewerkschaften mit den katholischen Fachabteilungen herbeiführen will. Zunächst hat man diesen beiden Gewerkschaftsrichtungen aufgegeben, die Streitigkeiten gegeneinander einzustellen, und den christlichen Gewerkschaften wurde obendrein empfohlen, daß sie sich den „christlich-katholischen Grundsätzen“ in Gewerkschaftsfragen nähern sollen, wie sie von den katholischen Fachabteilungen vertreten werden. Mit andern Worten, von den Christlichen wurde verlangt, daß sie, wie die Fachabteilungen, Streikbrecherorganisationen werden. Wo blieben da die stolzen Worte Schiffer, der 1907 in Zürich ausrief: Bis hierher, ihr Herren Bischöfe, und nicht weiter!

Dieser Umwandlungsprozeß wird sich nicht plötzlich vollziehen, denn die Anhänger der christlichen Gewerkschaften werden nicht ohne weiteres auf den Kommandoruf ihres Führers hören, um kämpfenden Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen. Wengleich mit dem Schlagwort „christliche Weltanschauung“ von den Führern viel Unfug getrieben wurde, so konnte doch noch nicht erreicht werden, daß das Klassenbewußtsein schon vollständig in diesen Reihen erstickt sein würde. Weil eben der Arbeiter seinen Klassenangehörigen näher steht als dem Unternehmer, so wird es schwer halten, daß die Kulijenschieber mit ihren Anhängern so ohne weiteres in das Lager der Streikbrecherorden abschwenken können. Wurde doch schon oftmals der Klassenkampf bei den „Christlichen“ selbst gepredigt und recht oftmals wurden sie gezwungen, bei Streiks und Ausperrungen mitmachen zu müssen. Und gegen die Streikbrecher, ob sie schwarz oder gelb waren, haben auch die Christlichen mit aller Deutlichkeit ihrer Ansicht Ausdruck gegeben. In die gleiche Kerbe schlug die Zentrumspresse. So schrieb die „Baugewerkschaft“ 1908:

So werden die Arbeiterrechte verschächert und leider gibt es noch rückgratlose Arbeiter, die sich das bieten lassen. Eklatanter kann nicht bewiesen werden, was die Selben sind und wozu sie sich von den Unternehmern gebrauchen lassen.

Das Zentrumsorgan in Dortmund, „Tremonia“, schrieb am 12. Februar 1911:

„Ein standesbewußter Arbeiter kann einer solchen Vereinigung niemals angehören.“

Aber noch viel schlimmer tritt die Schwengung der „Christlichen“ in Erscheinung, wenn wir die Erklärung des christlichen Arbeiterführers Giesbert 1906 in Breslau auf einem christlichen Kongreß in Vergleich stellen:

Weder die Arbeitgeber, noch die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, noch der Staat haben ihre Pflicht gegenüber dem Arbeiterstande erfüllt. Es würde keinem Menschen eingefallen sein, Sozialpolitik zu treiben, den Wünschen der Arbeiter gerecht zu werden, wenn nicht die Arbeiter selbst mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit ihre Unzufriedenheit zu erkennen gegeben und auf die Mißstände hingewiesen hätten. Die Interessen der Arbeiter, das Verlangen nach mehr Rechten, nach besseren Arbeits- und Lohnbedingungen, nach Selbstständigkeit, nach Anerkennung und Gleichberechtigung, kurz, die ganze Emanzipationsbewegung der Arbeiter steht so oft im Gegensatz zu den Interessen anderer Berufsstände, daß, menschlich gesprochen, von ihnen ein Entgegenkommen aus freien Stücken gar nicht erwartet werden kann. Stets haben die unteren Klassen um ihre Rechte kämpfen müssen und auch wir müssen darum kämpfen.

Die Zeiten sind schon längst vorüber, und statt der kräftigen Töne, die damals von den „Christen“ angeschlagen wurden, drehen sie den Spiegel gegen die freien Gewerkschaften. Ein neuer Abschnitt in der Geschichte der christlichen Gewerkschaften ist durch ihr Verhalten bei dem Streik der Ruhrbergleute erfolgt. In einer zweiten Abhandlung werden wir die Christlichen als Schutztruppe des Kapitals und als Verräter an ihren Klassenangehörigen unter die Lupe der Kritik nehmen.

Ausnahmegesetze.

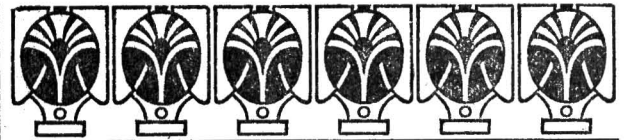
Das Schandgesetz von 1878 hat sich an seinen Urhebern so bitter gerächt, daß man meinen sollte, es werde niemand danach gelüsten, zum zweiten Male einen ähnlichen Streich zu versuchen. Und doch versuchen die Handlanger der Junker und Scharfmacher wiederum, wie uns der Entwurf zum deutschen Strafgesetzbuch zeigt, ein ähnliches Gesetz zustande zu bringen. Freilich war der Eindruck, den die Folgen des Schandgesetzes auf die Gewaltthäter gemacht hatten, zu stark, um so bald vergessen zu werden, und deshalb hütet man sich, durch einen unzweideutigen Streich die Arbeiterschaft zu provozieren. Aber die Entwicklung und die großen Erfolge der Organisationen lassen die Scharfmacher nicht zur Ruhe kommen, und die Furcht, es könnten ihrer grenzenlosen Ausbeutungspolitik Schranken gezogen werden, versetzt sie so in Aufregung, daß sie nichts unversucht lassen, um die verhassten Gewerkschaften niederzuringen. Deshalb sollen Mittel und Wege gefunden werden, wie das am besten zu bewerkstelligen ist, ohne den Schein der Ungerechtigkeit zu erwecken. Deshalb versucht man, einem Ausnahmegesetze einen schönen klingenden Namen zu geben, und in diesem Sinne wurden Reden in der „galvanisierten Leichenkammer“, dem preussischen Herrenhaus, und im Landtag und Reichstag gehalten. „Wir wollen kein Ausnahmegesetz“, nur „Arbeitswilligenschutz“, plapperte der Repräsentant der „gottgewollten Abhängigkeiten“ seinen Auftraggebern freudig nach.

Es ist selbst dem Laien auf den ersten Blick klar, daß jedes Gesetz, wenn es sich gegen eine bestimmte Kategorie von Arbeitern richtet, auch eine Ausnahmegesetz sein muß,

selbst dann, wenn man ihm den verblühten Namen wie „Arbeitswilligenschutz“ oder „Schutz der nationalen Arbeit“ gibt. Das wissen die Machthaber ebensogut wie jeder andere; aber man will dem Volke Sand in die Augen streuen, um die Schandtat zu verbergen. Die Urteile, die bei früheren Streikprozessen und jetzt wieder im Ruhrgebiet nach dem bestehenden Gesetz gefällt worden sind, wonach Streikende für einen Psuiruf bis zu drei Wochen Gefängnis verurteilt wurden, waren so schreiend, daß selbst ein reaktionärer preussischer Minister sich zu dem Geständnis hinaufschwingen mußte, daß die bestehenden Gesetze „hinreichend“ sind. Er wußte offenbar, wie man bei Strafbefehlen gegen Arbeiter die verschiedensten Paragraphen heranzieht, um die Sünder am erheblichsten zu strafen.

Es genügt aber den Scharfmachern und ihren Trabanten trotzdem nicht. Sie wollen eben ein Gesetz, daß das Streikpostenstehen gänzlich verbietet, und bis zu drei Jahren Gefängnis soll derjenige erhalten, der vorsätzlich den Betrieb einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahn oder Post oder einer zur öffentlichen Versorgung mit Wasser oder Beleuchtung dienenden Anstalt hindert. Das Streikrecht, das dem Arbeiter gesetzlich zusteht, soll auf diese Weise illusorisch gemacht werden. Die Unternehmer können natürlich Tausende von Arbeitern brotlos machen, ohne daß die Regierung sich einmischte; wenn aber der Arbeiter sich infolge der künstlichen Preissteigerung der Lebensmittel seine Lage verbessern will, so soll er mit Gefängnis bestraft werden. Und geradezu lächerlich ist es, wenn man den Erpressungsparagraphen in dem erwähnten Entwurf dahin ergänzt wissen will, daß künftig „nur“ (1) derjenige Erpresser bestraft werden soll, der einen „zu hohen“ Lohn mit Hilfe des Streiks erlangen will. Was wird man nicht alles für „zu hohen“ Lohn ansehen? Ebenso lächerlich ist es, den Strafrichter darüber entscheiden zu lassen, was ein „angemessener Lohn“ ist.

Aber die Arbeiterschaft darf solche Maßnahmen nicht ruhig hinnehmen. Je mehr die Machthaber sich Mühe geben, die Arbeiterschaft zu unterjochen, um so mehr muß sie darauf reagieren. Sie muß in erster Linie die Reihen der Kämpfer stärken und die Organisationen gegen die Streiche der Unternehmer immer widerstandsfähiger machen. Wir wissen wohl, daß wir im Parlament eine starke Partei haben, die unsere Interessen vertritt, und der Beschluß des Jenaer Parteitages einen Teil der liberalen Abgeordneten verpflichtete, gegen jedes Ausnahmegesetz zu stimmen; aber wir dürfen uns nicht allein auf die Parlamentskämpfe verlassen, sondern müssen mit tätigen Händen zupacken und den Kampf auch durch die Organisationen solange führen, bis wir uns die gleichen Rechte erkämpft haben.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Auf Antrag wurde aus dem Verband ausgeschlossen: Adolf Hiller in Berlin (Buch-Nr. 2948) wegen verbandsschädigender Handlung.

Der Verbandsvorstand.

J. A. D. Allmann, Vorsitzender.

Quittung

Vom 15. bis 20. April gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für März: Bad Reichenhall M. 62,80, Meß 10,80, Straßburg 166,30, Weiskensfeld 49,90, Lüneburg 30, Remscheid 89,80, Löbnitz 41,20, Rosenheim 166,90, Düsseldorf 250,75, Hanau 54,60, Lüdenscheid 32,60, Bochum 94,10, Hildesheim 24,10, Schönebeck 25,80, Waldenburg 47,50, Uetersen 37,40, Jena 56,45, Rudolstadt 78,90, Gelsenkirchen 51,50, Rostock 87,70, Oldenburg 93,10, Brandenburg 91,30, Wittenberg 39,45, Bernburg 72,10, Danzig 176,10, Elberfeld 405,20, Weißwasser 19,20, London 149,10, Saarbrücken 169,20, Passau 36,60, Wegefac 69,10, Bremerhaven 132,90, Plauen 107,35, Ilmenau 45,70, Kaiserslautern 59,80, Spremberg 25,60.

Von Einzelnahlern der Hauptkasse: P. D. Habersleben M. 2, R. G. Beauregard 9,60, P. R. Jhehoe 39, J. W. Schweina 5, C. F. Lugano 6, H. W. Pechim 7,85.

Für Abonnements und Annoncen: Kollegen der Bäckerei C. Altona M. 2,50, Innungsfrankenkasse Berlin 11, L. Berlin 2,50, Innungsfrankenkasse Altona 19,50, C. R. Hamburg 18.

Bei der Hauptkasse restiert für März Cottbus Abrechnung ohne Geld gesandt: Königsberg.

Der Hauptkassierer. D. Freytag.

**Spätestens am 27. April
ist der 18. Wochenbeitrag für 1912
(28. April bis 4. Mai) fällig.**

Aus den Bezirken.

Die Bezirksleitungen Halle a. d. S. und Erfurt hatten im Namen ihrer Zahlstellen zum Begräbnis unseres Kollegen Ernst Kretschmer gleichfalls — wie sie uns noch zu berichten bitten — Kränze geschickt. Die Sendungen sind der Redaktion erst nachträglich bekannt geworden.

Stettin. Die Adresse des Vorsitzenden ist: W. Eggert, Werftstr. 29, Konsumbäckerei.

Lohnbewegungen und Streiks.

(Die Berichterstattung über Lohnbewegungen werden ersucht, bei allen Meldungen über erfolgte Tarifabschlüsse auch die Zahl der daran beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen anzugeben!)

Bäcker.

Lohnbewegung in Halle a. d. S. Schon in mehreren Versammlungen haben die hallischen Kollegen Stellung dazu genommen, in diesem Jahre Forderungen an die Innung einzureichen. In einer Versammlung am 21. März wurde dann die Verbandsleitung beauftragt, einen Tarifentwurf auszuarbeiten. Eine darauf folgende Mitglieder-versammlung hat die Vorschläge des Vorstandes gutgeheißen und wurde nunmehr in zwei Versammlungen am 18. April die Einreichung der Forderungen beschlossen. Gefordert wird vor allen Dingen die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, ein wöchentlicher Ruhetag für alle Betriebe über fünf Beschäftigte und einen Ruhetag alle vier Wochen für alle Betriebe mit einem bis vier Beschäftigten; ferner die Einschränkung der übermäßigen Lehrlingszucht und Schaffung eines Tarifamtes. Die Versammlung war von 130 Kollegen besucht und hat dieselbe zu den besten Hoffnungen Anlaß gegeben. An den Kollegen wird es nun liegen, weiter ihr Interesse zu zeigen und mitzuarbeiten, damit auch der letzte Kollege noch als Mitglied gewonnen wird; denn je geschlossener wir in den Kampf eintreten, desto eher wird sich die Innung veranlaßt fühlen, mit den Verbandsvertretern zu verhandeln. Bezeichnend ist, daß der Mitgeselle sich fürchtete, in eine Versammlung zu gehen; er hat ja auch in der am 21. März gezeigte, daß er in keiner Weise als Mitgeselle für die hallische Kollegenchaft geeignet ist. Von der Innung ist ihm in der letzten Innungsversammlung auch noch der Kopf schon gewaschen worden.

Wenn die Kollegen also weiter wie bisher für die Organisation mitarbeiten, muß es auch in Halle so weit kommen, daß sie endlich auf die Fleischtöpfe der Bäckermeister verzichten können. Also auf, an die Arbeit.

Streik in der Brotfabrik von Karl Koch in Melbergen b. Bad Deynhausen i. Westf. In diesem Betriebe, der elf Bäckergehilfen beschäftigt und seine Produkte wesentlich in Arbeiterkreisen umsetzt, kam es schon vor mehreren Jahren zu einer Bewegung, die aber nicht zum Ausbruch kam, weil der Inhaber die Kollegen gegeneinander ausspielte, einigen unter ihnen Zuwendungen und besondere Vergünstigungen gab, so daß die Einigkeit gesprengt wurde. Seit gut einem Jahre war es aber gelungen, die Organisation wieder zu festigen. Im Betriebe herrschte ein sehr ausgeklügeltes Akkordsystem. Die Bäcker bekamen einen Grundlohn von M. 2,50 pro Tag; auf den Mann wurden zwei Defen Brot von der Herstellung an verlangt, so daß die Schicht von sechs Mann zwölf Defen lieferte, die also M. 15 kosteten. Nun setzte das System der geleisteten Ueberlösen ein; für jeden dieser Ueberlösen gab es pro Mann 20 s, für die Teigmacher und Ofenarbeiter 25 s und für die Schichtführer 35 oder 40 s. Die Gelder für diese Ueberlösen wurden für Schichtführer, Ofenarbeiter und Teigmacher erst alle Vierteljahre verrechnet und ausbezahlt. So kam es, daß die eine Schicht mit sechs Mann und einem Arbeiter an guten Tagen, Montag und Donnerstag gewöhnlich, 30 Defen Brot förderte, während an Dienstagen und Freitagen gewöhnlich mit sechs Mann etwa 24 bis 26 Defen fertiggemacht wurden. In schlechten Zeiten gab es aber auch Tage mit nur 16 Defen, so daß pro „ordinärer“ Bäckergehilfe M. 2,50 an Stammlohn plus vier Ueberlösen à 20 s = M. 3,30 verdient worden sind.

In guten Zeiten wieder mußte so gekaufte werden, daß die Kollegen 13, 14 und noch mehr Stunden ohne jede Pause ganz intensiv arbeiteten, oft ihr Stückchen Butterbrot mit einer Hand in den Mund führend, mit der andern aber ruhelos — Zeit war ja Geld — weiter rund machend.

Und bei der ganzen ausmergelnden Selbstantreiberei und bei einer übermäßigen Arbeitszeit war der Durchschnittslohn etwa M. 4,30 bis 4,40 pro Tag. Nach all dem ist kein Einsichtiger in Verwunderung, wenn die Bäcker endlich mal geregelte Zustände mit einem auskömmlichen Wochenlohn und einer zehntündigen Normalarbeitszeit einführen wollten. Der Firma wurde ein Tarifentwurf eingereicht, der im wesentlichen verlangte: einen Wochenlohn von M. 27 für Backtubenarbeiter, von M. 30 für Teigmacher und Ofenarbeiter, von M. 33 für Schichtführer. Zuschläge sollten M. 5,50 bekommen. Für Sauermachen am Sonntag wurden M. 1,50 verlangt. Die Arbeitszeit sollte zehn Stunden inklusive einer halben Stunde Essenspause betragen. Ueberstunden sollten mit 60 s für Bäcker, mit 70 s für Schichtführer bezahlt werden. Wir verlangten ferner Ferien, und zwar nach einjähriger Tätigkeit drei Tage, nach drei Jahren sieben Tage, nach fünf Jahren 14 Tage. Dann sollte noch der Arbeitsnachweis anerkannt werden und § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches insoweit, daß solche Versäumnisse bei einjähriger Beschäftigung drei Tage, bei längerer Beschäftigung sieben Tage betragen und nicht vom Lohn abgezogen werden dürfen.

Zwei Schreiben wurden aber überhaupt nicht beantwortet — ein unerhörtes Betragen von dem Inhaber, der sein Brot wesentlich in Arbeiterkreisen umsetzt, der für Hunderttausende von Mark produziert und dessen Absatzgebiete wesentlich die ganzen Bergarbeiterdistrikte Westfalens und des bergischen Landes, bis in die Rheingegend herunter, sind. Es ist bezeichnend für diesen Herrn, daß er einen Teil seiner Leute duzt und ihnen pfeift, wie man Hundetölen zu pfeifen pflegt.

Zwar sind das Leute, die auch noch in Ehrfurcht erstehen würden, wenn der „große Brotgeber“ ihnen höchst eigenhändig einige Wackpfeifen runterhauen würde. Der Fabrikant selbst ist auch gehäht in den Kreisen der Fachgenossen, da er neben der Großbäckerei auch noch eine Dampfmühle betreibt. Man muß sich ja überhaupt wundern, daß die Herren Bäckermeister sogar bei ihrem schlimmsten Konkurrenten ihr Mehl zu eigener Produktion kaufen.

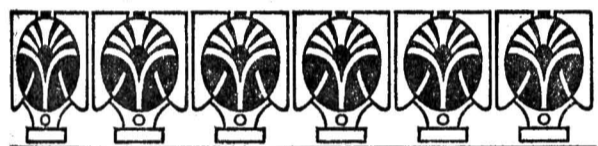
Da also nicht das mindeste Entgegenkommen gezeigt und dem Bezirksleiter und dem Hauptvorstandsmittglied so gut wie die Tür gemiesen wurde, so wurde, nachdem

nach langem Drängen endlich die zurückgehaltenen Viertelährsgelder, aus den Ueberösen stammend, welche am 1. April zahlbar waren, glücklich am 9. April ausbezahlt worden waren, und ein letzter Versuch am 10. April zur Einigung fehlgeschlagen war, die Arbeit niedergelegt.

Es sind zwar eine Reihe Helfer im Betriebe drin — außer Wiederwärtler, deren besondere Eigenschaften hier schon wegen Platzmangels nicht alle aufgezählt werden können; nur auf das besonders verwerfliche Verhalten der beiden stehengebliebenen Schichtführer Lambrecht und Vorwölter müssen wir hinweisen, die kurze Zeit auch bei uns Mitglieder waren und gerade da den Mund sehr voll nahmen und immer wieder versicherten, im Falle eines Kampfes treu zu den Kollegen zu halten, dadurch den Mut der ganz besonders anfechteten und nun um die traurige Rolle der Anführer für die andern Arbeitswilligen sich geradezu rissen.

Der Fabrikant wird aber trotz dieser Hilfe von edler Seite ein Haar in der Suppe finden, die er sich einbrodte. Denn die organisierte Arbeiterschaft wird es nicht über sich bringen, die von Streikbrechern hergestellte Ware in den Mund zu nehmen. Sie hat, wie berichtet wird, den Boykott in die Wege geleitet, und der wird dem Fabrikanten jedenfalls recht bald in hohem Maße fühlbar werden. Möge der Kampf ausgehen, wie er wolle — im ungünstigsten Falle werden die Kollegen andere Arbeit finden; sie haben sich brav und gut geschlagen, sie dürfen als Bahnbrecher für spätere Zeiten anzusehen sein, und auch Herrn Koch dürfte es aufdämmern, daß für die Zukunft er unbedingt mit dem Faktor der Organisation zu rechnen haben wird. Selbst wenn im Betriebe wieder neue Kirchhofruhe — was bei den vorhandenen Elementen nicht wundernehmen würde — eintreten sollte, so dauert auch das seine Zeit. Die Zukunft wird das beweisen. Wir aber arbeiten im Interesse der Menschlichkeit unverzagt weiter, und so wird es auch von jener „Bruchhude“ wie die Streikenden den Betrieb nennen, einmal heißen: ... Und neues Leben bricht aus den Ruinen. Die Herren Arbeitswilligen hemmen uns wohl, doch zwingen können sie uns nie und nimmer.

Eine Tarifbewegung unserer Lübecker Kollegen hegreich beendet. In Lübeck haben die Kollegen in aller Stille eine Lohnbewegung durchgeführt, die nunmehr zu einem guten Ende gebracht wurde. Der Tarif tritt am 1. Mai in Kraft; wir werden in nächster Nummer noch ausführlicher darauf eingehen. Der Erfolg der Lübecker beweist aufs neue, daß in der Regel diejenigen Lohnbewegungen am besten stehen, von denen man in der Öffentlichkeit am wenigsten hört.



Korrespondenzen.

Bäcker.

Glogau. In den letzten Wochen war es gelungen, einen großen Teil der hiesigen Gesellen zu organisieren. Die Bäckermeister setzten nun alle Hebel in Bewegung, um die Verbündeten hinauszubringen. Zuerst mußte der beim Bäckermeister Schnitzer beschäftigte Vertrauensmann hinaus. Schnitzer gab aber den wahren Grund der Maßregelung nicht an, sondern sagte, der Geselle sei ihm zu alt. (Der Gemäßregelte ist 25 Jahre alt!) Jetzt hat der Herr einen noch älteren Gesellen eingestellt. Wie sich inzwischen herausgestellt hat, sollen die übrigen Bäckermeister, besonders die Herren Neumann und Gräbner, auf Schnitzer eingewirkt haben, damit er den Vertrauensmann entläßt. Daß die Glogauer Bäckermeister alle Ursache haben, die Gesellenorganisation zu fürchten, ging zur Genüge aus einer Versammlung unserer Kollegenschaft hervor, wo festgestellt wurde, daß Wochenlöhne bis herab zu M 3 gekürzt werden. Um die gesetzlichen Bestimmungen kümmert sich fast keiner der Meister. Lehrlinge werden 15 bis 16 Stunden täglich ausgebeutet. Sonntags sieht man die Lehrlinge noch mittags an der Arbeit. Eine unerhörte Lehrlingszüchterei wird in Glogau getrieben. Bei 25 Gesellen sind 60 Lehrlinge vorhanden. Jetzt zum Quartal werden nicht weniger als 22 Lehrlinge frei. Also in einem Jahre werden durch diese wahnsinnige Lehrlingszüchtereifast sämtliche Gesellen ersetzt. Den wenigen vorhandenen Gesellen ist jetzt schon die Kündigung überreicht, weil die Meister zu Ostern wiederum ein oder zwei Lehrlinge bekommen haben. Die Kost ist ungenügend und zum Teil sogar schlecht; Schlafstätten und deren Inhalt lassen viel zu wünschen übrig. Bei den Organisationsgegnern findet man die meisten Mißstände. Für die Polizeibehörde ist das ein ausgiebiges Feld zur Betätigung. Die Glogauer Arbeiterschaft tut also gut, sich die Betriebe erst einmal anzusehen, aus denen sie Backware bekommt. Durch das scharfmacherische Vorgehen der Meister dürften den Gesellen aber wohl die Augen aufgegangen sein, denn die Herren vom Bäckertag haben selbst bewiesen, wie notwendig unser Zentralverband ist. Die uns noch fernstehenden Kollegen mögen aber der Organisation beitreten, damit diesen rückständigen Ausbeutern bald bessere Zustände abgezungen werden können.

In allen Verbandsangelegenheiten wende man sich an das Verkehrslokal von Schreier, Kirchstraße, oder an den Kollegen Binzer-Breslau, Kupferschmiedestraße Nr. 22, 2. Et.

Görlitz. Ein schlesisches Lehrlingsidyll ist jedenfalls bei dem Herrn Kubitz, stellvertretenden Obermeister zu finden. In sechs Monaten hatte er bereits sechs Lehrlinge, welche alle ausgerissen sind, weil es ohne Schläge nicht abging. Einen Lehrling schlug er derartig, daß das Blut aus Mund und Nase quoll; als derselbe in diesem Zustande auf die Polizei laufen wollte, holte ihn der Meister wieder zurück und das Dienstmädchen mußte einen Eimer Wasser holen, daß er wieder vom Blut gereinigt werden konnte. Die Sache hatte bereits ein gerichtliches Nachspiel, wo der

Geselle aber beschwor, nichts gesehen zu haben; das Dienstmädchen wurde als Zeugin nicht gehört. Ferner hat sich derselbe Lehrling einen Doppelleistenbruch zugezogen, weil er zu schwere Arbeiten verrichten mußte; er hat dann später acht Wochen im Krankenhaus zubringen müssen. Der Junge ist selbstverständlich auch davongelaufen und der Meister verlangt nun noch von dessen Eltern M 100 wegen Kontraktbruchs. Als Pfand hielt er Matratze und Betten, welche dem Lehrling gehörten, zurück. Die Sachen hatte sich der Lehrling mitgebracht, weil die übrigen Betten verworren waren. Um ihm noch etwas anzuhängen, ließ der Meister den Koffer des Jungen öffnen, weil er Gipsfiguren gestohlen habe. Dieser behauptet aber, die Gegenstände von dem „Lehrherrn“ geschenkt bekommen zu haben. Einen andern Lehrling hat der Herr mit Füßen getreten. Hoffentlich lernt er, die ihm anvertrauten jungen Leute bald menschenwürdiger behandeln. Auf die Organisation ist er natürlich auch nicht gut zu sprechen. Die Flugblattverteiler wollte er auf die Straße fliegen lassen, und als eines Tages der Verbandsvertreter kam, eröffnete er diesem: „Wenn Sie sich hier noch einmal sehen lassen, werde ich ganz verflucht grob!“ Der Kollege gab ihm den Rat, seinen Gesellen außer Haus zu geben, dann würden die Verbandsvertreter ihm nicht mehr so oft kommen. Ferner meinte der Meister, wie leicht könnte etwas Kuchen oder Brötchen oder sonst etwas mitgenommen werden. Es muß eine gefährliche Sache sein, als organisierter Arbeiter bei dem Herrn Waren zu kaufen. Wie leicht könnte er dabei auch einmal „verflucht grob“ werden.

Hof. Am 17. April fand im Restaurant „Edelweiß“ eine allgemeine Bäckergehilfenversammlung statt, in welcher Kollege Gahner über „Welches sind unsere Forderungen, und wie können wir dieselben hier durchführen?“ referierte. Die Versammlung war von fast allen Hof-Kollegen besucht. Gahner schilderte die schlechten Verhältnisse in unserm Gewerbe, wie sie auch hier in Hof noch bestehen, auch führte er an, was unser Verband in einer Reihe anderer deutscher Städte schon Erfreuliches geleistet hat. Unter den Versammelten herrschte ein guter Geist und sie erklärten sich mit den Ausführungen einverstanden. Es wäre auch hier einmal an der Zeit, daß die Kollegen besser für ihre Interessen eintreten; denn nur durch eine geschlossene Organisation können wir zu einem Ziele gelangen. Es wurden wieder mehrere Aufnahmen gemacht. An die Neuaufgenommenen sei nochmals die Bitte gerichtet, tüchtig mitzuarbeiten an dem Ausbau des Verbandes, und der Erfolg wird nicht ausbleiben!

Jena. Am 12. April fand hier eine vom Gesellen-ausschuß einberufene öffentliche Versammlung statt. Tagesordnungspunkte waren: „Eingabe an den Magistrat um Erlaß eines Backverbotes an den hohen Feiertagen und sodann ein Vortrag des Kollegen Friedrich-Halle a. d. S. über: „Die allgemeine Lage der Bäckergehilfen.“ Zum ersten Punkte sprach zunächst der Altgeselle und dann Kollege Friedrich. Nachdem schon jahrelang immer und immer wieder resultatlos Eingaben an die Behörden gemacht wurden, befaßte sich eine öffentliche Versammlung Ende vorigen Jahres mit der Angelegenheit anscheinend mit mehr Erfolg. Der Vorsitzende der Zahlstelle bekam auf die letzte Eingabe vom Magistrat den Bescheid, daß die Sache sich im alten Jahre nicht mehr regeln lasse, gab aber die Versicherung, im neuen Jahre der Sache nochmals näher zu treten. Dies ist nun geschehen. Dem Vorsitzenden ging ein Schreiben vom Gemeindevorstand zu und der Altgeselle wurde zur näheren Aussprache vor den Bürgermeister gerufen und ihm nahegelegt, nochmals eine Versammlung einzuberufen und dem Magistrat dann das Resultat zu unterbreiten. Nachdem mehrere Kollegen in der Diskussion dafür sprachen, die Sache nicht ruhen zu lassen, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, dahingehend, daß die Versammlung mit dem Gesellen-ausschuß übereinstimmig und ein Verbot der Arbeit vom ersten zum zweiten Feiertag an den hohen Feiertagen, Pfingsten und Weihnachten in allen Bäckereien wünscht. Zum zweiten Punkt hielt Kollege Friedrich einen Vortrag, in dem er den Kollegen die ganz traurige Lage der Bäckergehilfen vor Augen führte. Alles in allem genommen, sei es notwendig, daß auch die Kollegen am Orte mit Forderungen an die Meister herantreten, die der heutigen Zeit entsprechen und dem Bäckergehilfen ein menschenwürdiges Leben garantieren. In der Diskussion sprachen die Redner in diesem Sinne und schließlich wurde die Verbandsleitung beauftragt, einen Tarifentwurf auszuarbeiten und ihn einer demnächst stattfindenden Versammlung zur weiteren Beschlußfassung zu unterbreiten. Mit aller Energie soll dafür eingetreten werden, besonders das Kost- und Logis-system zu beseitigen und vor allem dahin zu streben, daß die dem Verband noch fernstehenden Kollegen ihm zugeführt werden. Nach einem anfeuernden Schlußworte Friedrichs ließen sich noch mehrere Kollegen in die Organisation aufnehmen.

Würzburg. Am 11. April wurde vom Gesellen-ausschuß eine allgemeine Bäckerversammlung einberufen, aus welcher Kollegen von dem Vorhaben der hiesigen Innung zu unterrichten. Nachdem die bestehende Gemeindefrankenkasse zu einer Ortskrankenkasse umgewandelt werden soll, wollen die Bäckermeister die Gelegenheit beim Schopfe nehmen und eine Innungskrankenkasse errichten, damit sie, nach ihrer Ausrechnung, niedrigere Beiträge zu entrichten brauchen. All die andern Gründe wurden selbstverständlich von der Innung verschwiegen. Interessant ist dabei, daß der Obermeister vorher ahnte, daß die Organisation sich dagegen wehren wird. (Daß also die indifferenten Gesellen gegen die Verschlechterung kein Verständnis haben, bis es zu spät ist.) Kollege Gahner führte den Kollegen all die Schikanen und Leiden einer Innungskrankenkasse vor Augen und empfahl denselben, sich mit allen Mitteln gegen die geplante Bevormundung zu wehren. Alle anwesenden Kollegen entrüsteten sich über die Zumutung seitens der Innung und beauftragten den Gesellen-ausschuß, die nötigen Schritte zu tun, um eine derartige Gründung hintanzuhalten. Ferner wurde beschlossen, eine allgemeine Protestversammlung einzuberufen, sobald die Innung mit dem Statut hervortritt und von ihrem Vorhaben nicht abläßt. Die Anwesenden versprachen, den letzten Mann in die folgende Versammlung zu bringen, um einstimmig gegen eine Innungskrankenkasse zu protestieren. Weiter wurde das Fernbleiben vieler älterer Kollegen getadelt, da doch

gerade diese das meiste Interesse für die Innungspläne zeigen sollten. Am schlimmsten aber ist es, wenn ein Kollege vom Gesellen-ausschuß es nicht für notwendig findet, die Interessen der Gesellenchaft zu vertreten. Die Verammlung nahm einen imponanten Verlauf und zeigte den Gesellen, wer das gute Einbernehmen zwischen Meistern und Gesellen stört.

Fabrikbranche.

Görlitz. (Und immer wieder Herr Matke!) Kürzlich bewies dieser Herr seinen Anstand auch noch schlagend; er gab einem Gehilfen eine Ohrfeige. Um das Geschehene wieder gut zu machen, brückte er dann herablassenderweise dem Mann eine Mark in die Hand. Man sieht auch an diesem Falle wieder, daß Herr Matke offenbar seinen Beruf verfehlt hat; er hätte ostpreussischer Junfer werden sollen, um seine Arbeiter nach Herzenslust verprügeln zu können. Wenn er nun aber wenigstens allmählich von dem anständigeren Auftreten seines Kompagnons etwas lernen wollte. Schade ist es natürlich, daß er immer wieder Arbeiter findet, die nicht die richtige Gegenwehr ergreifen.

Seefahrer.

Hamburg-Altona. Die Sektion der Schiffsbäder und Konditoren Hamburgs nahm am 17. April Stellung zur Lohnbewegung der Seeleute Hamburgs, die gegenwärtig hier im Gange ist. Schulze gab einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen zwischen dem Seemannsverband und dem Verein Hamburger Reeder. Zum Schluß seiner Ausführungen hielt er einen Appell an die seefahrenden Kollegen, daß jetzt auch der günstigste Zeitpunkt gekommen sei, die von den Schiffsbädern und Konditoren vor längerer Zeit eingereichten Forderungen zur Durchführung zu bringen. Von mehreren Kollegen wurde dann über den Untergang des „Titanic“ debattiert. Schulze war der Meinung, daß das Unglück mit seinem traurigen Verlauf ebenso gut ein Hamburger Schiff hätte treffen können, weil auch hier bei vollbesetztem Schiff nicht im entferntesten Rettungsboote genug vorhanden sind und daß Schiffe, welche für 1200 Passagiere gebaut oder eingerichtet sind, insgesamt über 3000 Personen beförderten, während nur 22 Boote vorhanden waren. Jedes Boot nimmt im Höchstfall 50 Mann auf. Schulze gab hierauf noch bekannt, daß in nächster Zeit eine allgemeine öffentliche Versammlung des Küchenpersonals, ausschließlich der Köche, stattfinden werde und erjuchte die Kollegen, sämtliche gelehrten Bäcker, Konditoren, Küchenföchsmaten und Schlachter darauf aufmerksam zu machen.

Aus Unternehmerkreisen.

Bäckerei.

Der „väterliche“ Rat. Am 11. April tagte die Löwenberger Bäckerinnung, wobei auch neun Lehrlinge freigesprochen wurden. Bäckermeister Helmig, der Stadtverordneten-Durchfallskandidat, gab den ins Leben tretenden jungen Leuten den väterlichen Rat, sich nicht für sozialdemokratische Verbände gewinnen zu lassen, und wollte sich dadurch gewiß bei der gutgemeinten Bürgerschaft in empfehlende Erinnerung bringen. Er scheint nicht zu bedenken, daß gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sich nicht gern der Gefahr aussetzen, schließlich von ihm bei Einkäufen nach der Gefinnung gefragt zu werden. Das haben sie ja nicht nötig; denn es gibt hier auch noch Bäckermeister, welche einen organisierten Arbeiter als Kunden ebenso gern sehen wie irgendeinen andern.

Ein Lehrlingsdorado in Chemnitz. Der Lehrling Schöne war seit Ostern 1911 hier beim Bäckermeister Säpke in der Lehre, der dessen Arbeitskraft bis aufs äußerste ausnützte. In der Bäckerei gab es Arbeit von 12 1/2 Uhr nachts bis 12 1/2 Uhr mittags, obgleich ja der Lehrling bekanntlich im ersten Lehrjahre täglich nur zehn Stunden beschäftigt werden darf. War die Arbeit in der Bäckerei fertig, so mußte der Junge obendrein bis 3 1/2 Uhr Holz hacken, Freitags noch länger Kohlen sieben. Wenn der Lehrling beim Holzhacken oder Kohlensieben Appetit bekam, erhielt er auf die bescheidene Frage nach Kaffee zur Antwort: „Kaffee gibt es nachmittags nicht!“ Der Meister kümmerte sich um das Befinden des Lehrlings überhaupt sehr wenig; denn sonst hätte außerdem der Geselle nicht immer auf dem Jungen herumprügeln können. Kam dieser nach Hause zur Mutter, so schillerte sein Körper von den grünen, blauen und braunen Flecken, den Spuren der rohen Behandlung. Sogar das Kollholz hatte als Erziehungsmittel gedient. Als die Mutter wegen der schlechten Behandlung beim Meister vorstellig wurde, bekam sie aber zur Antwort: „Den Gesellen lasse ich nicht fort, ich bin froh, daß einmal ein Geselle bei mir aushält, lieber kann der Junge gehen!“

Aber mit diesen Mißhandlungen nicht genug — der meistertreue Geselle, Karl Martin, war auch in anderer Hinsicht Gemütsmensch. Täglich sagte er zu dem unbescholtenen Lehrling: „Du mußt Dich hängen, sonst kommst Du ins Zuchthaus — der vorige Lehrling hat sich auch gehängt. Hier ist der Nagel, an dem er gehängt hat!“ (Der vorige Lehrling war aus dem Waisenhaus und hatte keine Verwandten; es ist deshalb begreiflich, daß er bei einer derartigen Behandlung Selbstmord begangen hat, um von der Pein befreit zu werden.) Der Lehrling Schöne kam also stets mit den Worten nach Hause: „Mutter, ich muß mich doch wohl noch hängen, denn jeden Tag sagt der Geselle zu mir: Du mußt Dich hängen!“ Nun nahm die Mutter ihren Sohn aber aus der Lehre, und er ist jetzt seit einem halben Jahre bei einem Meister in einer andern Stadt, der noch keinerlei Beschwerde über den Jungen hat.

Der Junge war also erlöst; aber nun kommt das Nachspiel: Der Meister verlangte M 50 wegen Kontraktbruch! Und der Meister bekommt die M 50 zu gestohlen! (Leider konnte unser Berichterstatter nicht feststellen, durch welche Instanz.) Die traurige Geschichte hatte für die Mutter aber noch weitere unangenehme Folgen. Sie hatte dem Herrn Obermeister-Uhlmann in der Sache geschrieben und dem Brief eine 5-S-Marke zur Rückantwort beigelegt. Herr Uhlmann mag wohl ver-

gessen haben, der Frau selbst zu antworten. Nach einigen Wochen schreibt die Mutter direkt an den Innungs Vorstand und bemerkt gleichzeitig, sie habe schon an Herrn Uhlmann geschrieben, eine 5-3-Marke zur Rückantwort beigelegt, aber keine Antwort bekommen; es läge beinahe so aus, als ob die Briefmarke unterschlagen worden sei.

Darauf Strafantrag des Herrn Uhlmann. Verschiedene Termine fanden statt. Die Mutter des Jungen ist aber Hebamme und hat infolgedessen nicht immer Zeit; sie versäumt einen Termin und wird darauf von der Strafe weg von zwei Schulleuten vorgeführt: „Ihre Wöchnerinnen gehen uns gar nichts an!“ erklärten die Schulleute, als die Frau sagte, sie müsse jetzt unbedingt diese besuchen.

Dies alles kann einem passieren, wenn man seinen Sohn Bäcker lernen lassen will. Nachdem der Stiefvater des Jungen sich bereit erklärte, die bisherigen Kosten zu tragen, war die Sache entschieden. Es hat ziemlich 100 gekostet, den Jungen der rohen Behandlung zu entziehen. Gätten sich allerdings die Eltern rechtzeitig an die Organisation gewandt, so würden sie sich viel Ärger und Geld erspart haben; aber leider wurden wir erst nach drei Monaten unterrichtet. Man sieht aber auch aus diesem Falle, daß in Chemnitz andere Verhältnisse im Bäckerberuf schleunigst eingeführt werden müssen.

Ein anonymes Meister hält uns brieflich folgende Standrede, die wir in ihrer ganzen Schönheit unsern Lesern vorsetzen wollen:

„Osnabrück, den 10. April 1912.

An den

Zentralverband der Bäcker und Konditoren, Hamburg.

Am Gestrigen Tage bekam ich von Meinen Nachbar ein Warnungs Blat an Eltern und Vormünder Ihre Kinder kein Bäcker Handwerk lernen zulassen. Das Bäcker Handwerk wird darin so Getadelnd das ein Vernünftiger Mensch Glauben muß, die Bäckergehülfen und Lehrlinge müssen nur für den Meister arbeiten, und sich so herum Sudeln das ein vernünftiger Mensch sich da vor Eltern muß. So schlimm ist es hier nicht. Auch in Hamburg trifft alles nicht zu. Bäckereien im Keller gibt es nicht mer in jeden Raum muß genügende Luft und Licht sein sonst wird von der Bauomission keine Bäckerei genehmigt auch die Alten Bäckerräume müssen beseitigt werden, so sind die Gesellen hier, auch wird Hamburg diese Gesellen haben. was das Mehlstragen Anbetrieft wird, von den Liferanten das Mehl auf den Böden oder an den Platz getragen auch das Ausschütten wird so eingerichtet das es gewöhnlich durch Rohre in die Bäckmulde geschüttet wird, was die Nacharbeit betrifft möchte ich Sie mitteilen das Daß Publikum Das Belängt, das ist bald Ueberal Vermöht, das ist in jeden Handwerk so der Kunde wil jede Arbeit gleich fertig haben. Jogerissen scheint der Zentralverband der Bäcker in allen Schlecht Orientirt sein Auch gibt es bei Bäcker nicht so vil Krüppel und Verkrümmer wie in Verschiedenen andere Handwerk, das wird der Zentralverband doch kennen müssen auch ist es für den Zentralverband eine Blamirung für eine solche Unterschrift: Den Verbande gehören doch nur Bäcker und Konditoren an und geben ihre eigene Dummheit so eine blöse und wollen jek andere Geschäftskolegen Unterstützen um die Alle zu Lehrlinge zu helfen, das scheint ein Reiter Unzufriedener Geschäftsfürer zusein, seine Kolegen alle so zu Unterrichten und von Handwerk abzuhalten und ab und zu Raten vor 30 bis 40 Jahren kan wol etwas Wares dabei gewesen sei, aber bei jekiger Zeit nicht mer es ist besser das sich der Zentralverband nach die jekigen Zeit Umjeth und richtet dan wird Er wol auf den Gedanken kommen das die Zeit jek anders ist, wie in Den Blat geschildert wird.

Ja, ja, wenn die Dummheit zu groß wird, gibt sie sich immer eine „blöse“.

Aus gegnerischen Organisationen.

Ein gelber Bäckergesellentag in Mainz. Alljährlich daselbe elchhafte Schaupiel. Wenn die ehrlich denkenden Bäckergehilfen ihre fast unerträgliche Lage durch die gewerkschaftliche Organisation zu verbessern trachten, dann kriechen die gelben Schmeißfliegen aus dem Dunkeln hervor, um der Öffentlichkeit zu beweisen, daß sie die Reiter des Kleinhandwerkes sein wollen. Dann kann man über sogenannte gelbe Bundestage in der ihnen geistig vermandten bürgerlichen Presse lesen. Der Ostermontag wurde zu einer solchen Zusammenkunft in Mainz ausgerufen. Nach einem mit W. gezeichneten Bericht im Frankfurter „Generalanzeiger“ sollen dort 60 Delegierte aus sieben Städten versammelt gewesen sein, um zu beraten, wie am besten die Bäckergesellen in das Joch der Ausbeutung gespannt werden und der Unternehmer an erfolgreichsten geschickt werden kann. Schon das Referat: „Die sozialen Aufgaben des Bundes im Handwerk und das Verhalten der Gegner“, in welchen nur darüber gesprochen wurde, wie „das Handwerk geschützt“ werden soll, aber dabei kein Wort über die schlechte wirtschaftliche Lage der Gesellen verloren wurde, zeigte den Weg der Gelben.

Früher wurde noch etwas über Interessenvertretung der Gehilfen gesprochen; aber nun sind auch diese Zeiten vorüber, und heute befassen sich die Meistertreuen nur mehr mit den Fragen, wie der Kleinmeister am besten geschützt werden kann. Diese Entwicklung im gelben Lager war vorauszu sehen und braucht daher niemand verwundern. Nebst diesem ausgesprochenen Handwerkschutz verstehen aber die Gelben ausgezeichnet, unsere Organisationsrichtung nachzumachen. In Mainz wurde u. a. ferner beschlossen, Lehrlingsabteilungen in den Ortsgruppen zu errichten. Dieser Beschluß ist auf eine vorher in Berlin stattgefundene gemeinsame Sitzung mit der Zentralleitung des Innungsverbandes zurückzuführen. Also in Gemeinschaft mit den Unternehmern soll die Jugend für die stinkende gelbe Sache gewonnen werden. Der gelbe Präsident erzählte noch, daß der Bund trotz einiger Zerrüttungsversuche sehr gute Fortschritte gemacht hat und gegenwärtig über 12000 Mitglieder aufweisen kann. Der Danziger Tagung im September des vorigen Jahres wurde eine Mitgliederzahl von 12070 vorgegaukelt — jetzt, nach reichlich sieben Monaten, sind es angeblich 70 weniger; aber die

Drabtzicher nennen auch dies einen „sehr guten Fortschritt“.

Lassen wir den Gelben ihre Freude; den Beweis haben sie schon längst erbracht, daß sie die Interessen der Gesellen nur schädigen, aber unsere Organisation dennoch im Vormarsch nicht aufhalten können.

Wie die Hirsche Tarifverträge machen. In Homburg v. d. S. wurde mit der Innung und unserer Organisation 1909 ein Tarif abgeschlossen, der bis 30. Juni 1912 Gültigkeit hat; erfolgt jedoch die im Vertrag vorgesehene Kündigung nicht, dann tritt eine Verlängerung der Vertragsdauer auf ein Jahr ein und solange, bis die Kündigung von einem Kontrahenten ausgesprochen wird. Demnach besteht also der Tarif noch zu Recht für die Homburger Bäckereien und, weil keine Kündigung erfolgte, vorläufig bis 30. Juni 1913. Der abgesplitterte linke Flügel der Gelben, der im Vorjahre zu dem Hirschen übertrat und auch in Homburg ein Duzend Mitglieder hat, schloß mit der Innung am 10. März einen Tarif ab und die Innungsführer machten sich keine Gewissensbisse daraus, trotzdem ein Vertrag besteht, auch mit den Hirschen einen Tarif abzuschließen. Nun haben die Gehilfen das angenehme Vergnügen nach zweierlei Verträgen in Arbeit zu treten.

Wie wenig es den Hirschen daran gelegen war, die wirtschaftliche Lage der Gehilfen durch ihren Tarifabschluß zu verbessern, geht aus folgender Gegenüberstellung hervor:

Verbandstarif:

Arbeitszeit: Die Arbeitszeit ist an Wochentagen eine zwölfstündige, an Sonntagen und Feiertagen eine zehnstündige, einschließlich der notwendigen Essenspausen.

Löhne: Der Mindestlohn beträgt für die Schieber 26,50, für die Teigmacher 23,50, für dritte und letzte Gehilfen 21,50 mit Frühstück und zum persönlichen Bedarf notwendige Brot resp. Brötchen. Gehilfen, welche das Logis beim Arbeitgeber beibehalten können, 2 pro Mann und Woche vom Barlohn in Abrechnung gebracht werden.

Erfolgt die Kündigung des Tarifes 1912 nicht, so erhöht sich der Lohn jedes Gehilfen um 50 % pro Woche.

Die Hirsche, welche so gerne den Mund voll nehmen, daß sie auch bestrebt sind, die traurige Lage der Gehilfen zu verbessern, zeigten mit ihrem ersten Vertragsabschluß das Gegenteil von dem. Gegen den bestehenden Verbandstarif sind durch das Vorgehen der Hirsche ganz bedeutende Verschlechterungen eingeführt worden. Die Arbeitszeit ist insofern verlängert worden, als innerhalb derselben keine Essenspausen vorgesehen sind. Dann dürfen in Zukunft die Arbeitgeber die Gesellen während der Saison nach der Bundesratsverordnung beschäftigen, was gleichbedeutend ist mit dem, daß an 40 Tagen die tägliche Arbeitszeit bis zu 16 Stunden betragen kann. Nebst dieser Verschlechterung brachten die Hirsche das Kunststück fertig, auch bezüglich der Löhne niedere Sätze festzulegen. Es wurde nämlich eine vierte Lohnklasse eingefügt, nach welcher die letzten Gehilfen 1 weniger Lohn erhalten, als im Verbandstarif vorgesehen ist. Bei den übrigen Gehilfen ist überhaupt keine Lohnerhöhung erfolgt, weil ja der Verbandstarif ab 30. Juni eine Steigerung von 50 % vorsieht. Das gemeinste aber ist, daß die Hirsche die Wiedereinführung des Kost- und Logiszwanges billigten. Im Verbandstarif ist nur die Vergütung entlohnung zulässig; die Hirsche dagegen haben in ihrem Tarif enthalten, daß auf besonderen Wunsch des Gehilfen Kost und Logis vom Unternehmer gegeben werden kann!

Solche Tarifabschlüsse, in welchen nur den Wünschen der Unternehmer Rechnung getragen wird, können doch wahrhaft nicht dazu dienen, den Gehilfen die Lebenshaltung zu verbessern. Und da besitzen die Hirsche noch die Strin, den Verbandsmitgliedern zuzumuten, sie jollen den Vertrag anerkennen. Ja, sie gehen in ihrer ungründlichen Weisheit noch weiter und verlangen, daß der Verband mit den Hirschen bei den Lohnbewegungen gemeinsam vorgehen soll. Wir müssen eine solche Zumutung weit von uns weisen, solange die Hirsche nach den Tendenzen der Gelben handeln und in ihrer Meistertreue alles tun, um die Lebenshaltung der Gehilfen zu verschlechtern. Solange solche Grundsätze bei den Hirschen vorherrschen, haben wir alle Ursache, gegen dieses Organisationselend das größte Mißtrauen zu bewahren.

Die Christen als Schützer der Meisterinteressen.

Daß die Christen sich immer mehr und mehr zu Schutztruppen der Unternehmer entwickeln und sich von den Gelben oft nur mehr dem Namen nach unterscheiden, hat man zur Genüge schon beobachten können. Es fehlt ja manchen Mitgliedern der Christlichen nicht das richtige Klassenempfinden, und wenn sie einmal ihrer innersten Ueberzeugung Ausdruck geben dürfen, dann urteilt mancher von ihnen so, wie man es von einem richtig denkenden Arbeiter erwarten kann.

Systematisch aber wird von den Führern der Christlichen darauf hingearbeitet, den Mitgliedern dieses natürliche Klassenempfinden auszutreiben und sie dafür mit einem fanatischen Hass gegen alles, was freigewerkschaftlich heißt, zu erfüllen. Uns kann ja im allgemeinen diese Tätigkeit der Christenführer recht sein, wenn aber dadurch die Interessen der Arbeiter aufs schwerste geschädigt werden, dann ist es Pflicht, dieses Gebaren öffentlich festzunageln.

In Mannheim, wo wir im Vorjahre gutmütig genug waren, das christliche Verbändchen bei der Lohnbewegung

mit durchzuschleifen, haben wir seit dieser Zeit mit den Herren geradezu traurige Erfahrungen gemacht.

Kurz nach der Lohnbewegung mußten wir bereits erleben, daß die Hauptverwaltung des Industriebündnisses ihre Ortsverwaltung zwang, gegen einen gemeinsamen faßten Beschluß zu handeln. In der letzten Tarifamtssitzung, die am 12. d. M. stattfand, hat nun der sich so recht gern als radikal gebärende Vertreter der Christen ein Verhalten an den Tag gelegt, daß recht drastisch wies, wie wenig derartige Leute in der Lage sind, die Interessen der Kollegen wahrzunehmen.

Hätten da die Meister beantragt, daß zwei unserer bisherigen Tarifamtsmitglieder ausscheiden müßten, dieselben in der Konsumbäckerei beschäftigt seien. Wir traten den Standpunkt, daß es Sache der Gehilfen seien sie als ihre Vertreter ins Tarifamt wählen, und wies darauf hin, daß es im Tarif in dieser Beziehung ausdrücklich heißt Gehilfenvertreter, womit dokumentiert werde, daß die Mitglieder des Tarifamts nicht gerade die Innungsmeistern beschäftigt sein müssen. Diesen Standpunkt hat auch kurze Zeit vorher der Vertreter der Christen uns persönlich gegenüber eingenommen.

Zum allgemeinen Erstaunen nicht nur der übrigen Gehilfen, sondern auch der Meistervertreter, erklärte unser Bruder in Christo in der Sitzung ganz plötzlich, er halte es für ganz richtig, daß die beiden betreffenden Kollegen nicht mehr als Tarifamtsmitglieder zugelassen werden. Der Antrag der Meister wurde daraufhin mit 5 gegen 3 Stimmen angenommen. Eine genau solche, sagen wir einmal meisterfreundliche, Stellung nahm dieser Meisterarbeitervertreter bei einem anderen Falle ein, wo wir gegen zwei Meister Beschwerde wegen Umgehung des im Tarif vorgesehene Arbeitsnachweises erhoben hatten.

Die beiden Herren hatten sich, der eine von seinen früheren Gehilfen, der andere vom Hausmeister des katholischen Gesellenhauses, Gehilfen verschaffen lassen. Und sonderbarerweise hatten die Herren dabei das Glück, zwei Christliche zu bekommen, die freiwillig (?) Logis wieder im Hause nahmen. Sogar der Obermeister der Innung wie auch Herr Rechtsrat Brehm mußten zugeben, daß wenigstens im zweiten Falle glatter Tarifbruch vorliege. Unser christlicher Gehilfenvertreter aber suchte seine schützende Hand über die christlichen Tarifbrecher zu halten. Daß es mit solchen Leuten nicht möglich ist, gegen tarifbrüchige Meister so vorzugehen, wie es notwendig wäre, liegt wohl glatt auf der Hand. Zum Schluß der Sitzung glaubte unser Meisterfrat, sich noch bei den Meistern über die bösen Notizen beschweren zu müssen, weil sie, ohne ihn zu fragen, einen Meister in der Öffentlichkeit etwas scharf unter die Lupe genommen hatten und dabei auch der Christlichen Erwähnung taten. Nun, der gute Mann mußte sich sagen lassen, daß die betreffende Geschichte des Tarifamt gar nichts angeht, und daß wir die ausgefallenen Behauptungen voll und ganz aufrechterhalten. Ob dies den Christen paßt oder nicht, ist uns ziemlich gleichgültig.

Dem Verhalten des Vertreters der Christen im Tarifamt würdig zur Seite steht die Tatsache, daß nicht nur eine Reihe Mitglieder der Christen, sondern sogar Vertrauensmänner derselben unter dem Tarif arbeiten und sich vor allem mit den Logis im Hause der Meister zufriedengeben.

Fürwahr, das sind die einzig wahren, wirklichen Arbeiter-treter.

Polizei und Gerichte.

Die objektivste Behörde gegen Gewerkschaften. Die Berliner Staatsanwaltschaft bemüht sich seit fast einem Jahre unserm Gauleiter Heßhold den Prozeß wegen Nötigung und Erpressung zu machen. Es handelt sich in diesem Falle um die sonderbare juristische Auslegung, daß Gewerkschaftsbeiträge für Gewerkschaftsmitglieder und Angestellte einen Vermögensvorteil und die durch irgendwelchen Zwang eingetriebenen Beiträge daher einen rechtswidrigen Vermögensvorteil darstellen. Die staatsanwaltschaftlichen Bemühungen fußen auf ein Nachspiel zum vorjährigen Streik in Berlin. Der Syndikus der dortigen Bäckereinnung hat schon im Jahre 1907 die denkbar größten Anstrengungen gemacht, Heßhold wegen derselben Sache den Prozeß zu machen. Damals hat die Staatsanwaltschaft nach Klarstellung das Verfahren eingestellt, nachdem vorher von Heßhold ein Untersuchungsrichter wegen Stellung von Suggestivfragen als befangen abgelehnt worden war.

Im Vorjahre nun ging der Strafantrag in trauriger „Idealkonkurrenz“ vom Vorsitzenden des christlichen Bäckerverbandes Schmitz-Düsseldorf und vom gelben Bundespräsidenten Wischnöbski aus. Weiden sollten beim Streit angeblich durch Zwang Mitglieder durch unsere Organisation abgenommen und diesen gegen ihren Willen Verbands- und Streifbeiträge abgepreßt worden sein. Das Wunderbarste bei der Sache aber ist, daß die christlich-gelben Kämpen in der Klage ganz naiv erklären, daß Heßhold nicht selbst diese Straftaten verübt habe, vielmehr seien diese den „großen Unbekannten“ zur Last zu legen, aber — als Leiter der Organisation sei Heßhold für diese verantwortlich.

Wie konnte diese unmögliche Anklage auch nur angenommen werden? Das muß um so mehr verwundern, als dieselbe Staatsanwaltschaft bei viel berechtigteren Strafanträgen absolut abweisend war. Wir erinnern nur an den Strafantrag gegen den Berliner Obermeister Schmidt, dem erst durch Beschluß des Kammergerichtes Folge gegeben wurde, obwohl Schmidt gegen den § 133 der Gewerbeordnung eklatant verstoßen hatte, indem er die die Forderungen bewilligenden Meister als Verräter, Ehrenwortbrecher usw. bezeichnete und ihnen mit Entziehung des Kredits des Kaufmannes und der Sperrung der Hefelieferung — was denn auch mit Hilfe des Heßhold's eintret — drohte. Schmidt ist dann zu drei Tagen — der Staatsanwalt hatte nur einen Tag beantragt — Gefängnis verurteilt, aber kurz darauf begnadigt worden.

Heßhold hat trotzdem auf sein Recht der Zeugnisverweigerung verzichtet und hat sogar alle Beweismittel, die zur Klarstellung der ganzen Sache geeignet waren, herbeigebracht, soweit das in seinen Kräften stand. Selbst dann noch, als er in den Polizeiakten ein Schriftstück des Innungssyndikus Loewe mit allen möglichen und un-

möglichen unkontrollierbaren Behauptungen entdeckte, hat er bereitwillig Auskunft gegeben. Zum Ueberflus fand dann vor dem Untersuchungsrichter noch eine Konfrontation mit einer Beugin statt, die ein für die Anklage negatives Resultat hatte. In dieser Zeit wurde Hekschold mitgeteilt, daß innerhalb der Innungen und auch in einem andern Innungsinstitut eifrig Material gesammelt werde, um den Verhafteten durch die lahme, verfahrenre Anklage doch noch zur Strecke zu bringen. Des Ungeheuerlichste dieser Staatsaktion ist aber in Nr. 3 der „Berliner Bäcker-Zwangsinnungs-Zeitung“ zu lesen. Im Protokoll der Innungs-Vorhandlung steht folgender Satz:

„Der Staatsanwalt hat in Bohrtangelegenheiten um Material gegen Herrn Hekschold. Seinem Gesuche soll nachgegeben werden.“

Zwangsinnung, Gelbe, Staatsanwalt und Christliche also in eifrigem Bemühen gegen einen Führer der freien Gewerkschaften! Nun behaupte noch einer, daß unsere Staatsanwaltschaft nicht die objektivste Behörde der Welt sei.

Sozialpolitisches.

Nochmals die Krankheitsverhältnisse der Hamburger Bäcker. In Nr. 15 besprachen wir den Bericht der Innungs-Krankentafel von Hamburg, wie derselbe in der Unternehmerpresse veröffentlicht worden ist. Wir verwiesen zum Schluß darauf, daß statistische Angaben über die Krankheitsarten nicht veröffentlicht worden sind. Die Hamburger Innung war nun so liebenswürdig, uns den ausführlichen Bericht über das letzte Berichtsjahr 1911 zu übersenden, so daß wir nun in der Lage sind, das Fehlende nachholen zu können. Wir sehen aus der Krankheitsstatistik folgende Arten der Krankheit aufgeführt:

Bezeichnung der Krankheit	Zahl der Fälle im ganzen	Zahl der von ihnen mit erwerbslosigkeits-tagen	Zahl der Krankheits-tage
Anschwellungen verschied. Körperteile	37	14	263
Asthma	1	1	49
Augenkrankheiten	100	8	168
Bandwurm	21	—	—
Blutvergiftung	1	1	3
Blasenkrankheiten	9	4	123
Blutschucht und Blutarmut	71	20	488
Brandwunden	27	19	251
Brüche (Leisten-, Hoden-, Wasser-)	55	13	394
Darmkrankheiten	56	26	475
Diphtheritis	12	12	284
Drüsenkrankungen	17	10	524
Entzündungen	136	74	1123
Epilepsie	2	1	67
Erkältungen	22	6	33
Fehl- und Frühgeburten	4	4	108
Fieberhafte Erkrankungen ohne nähere Bezeichnung	3	3	48
Flechten	9	2	50
Heiße Krankheit (aus dem Vorjahre)	—	—	72
Hals- und Kehlkopfkrankheiten	1	1	11
Geschlechtskrankheiten	108	91	2483
Geschwüre, Furunkeln	41	21	481
Hals- und Kehlkopfkrankheiten	98	41	1012
Hautkrankheiten	107	30	506
Herzkrankheiten	10	4	47
Herenschuß	11	8	63
Husten und Heiserkeit	9	—	—
Innere Erkrankungen ohne nähere Bezeichnung	7	4	341
Influenza (Grippe)	27	23	407
Knochenbrüche	2	2	178
Kopfschmerzen	16	4	20
Krämpfe	4	3	63
Krähe	7	7	87
Krankeadernbeschwerden	16	5	224
Langenkrankheiten	22	18	1065
Nagenkrankheiten	70	19	434
Mandelentzündungen	58	43	491
Malaria	1	1	29
Nasenkrankheiten	23	5	65
Nervenkrankheiten	33	14	244
Nierenkrankheiten	10	9	351
Nitritvergiftung infolge übermäßigen Zigarettenrauchens	1	—	—
Ohrenkrankheiten	39	6	129
Ratfußbeschwerden	64	11	109
Rheumatismus	87	39	992
Rippenfellentzündung	2	2	303
Rose	3	1	23
Schmerzen, Stiche und Beschwerden ohne nähere Angaben	88	25	464
Syphilis (aus dem Vorjahre)	—	—	36
Unterleibskrankheiten	35	18	724
Wochenbett (normale Entbindungen)	5	5	210
Wunden, Quetschungen, Verletzungen	146	82	1361
Zerrungen, Verrenkungen und Verstauchungen	46	14	278
Insgesamt	1780	774	17754

Bei einer Spezialisierung der Arten haben in 200 Fällen die Krankheitserscheinungen die edlen inneren Organe betroffen, die bei 82 erwerbslosen Rassenmitgliedern eine Krankheitsdauer von 2558 Tagen mit sich brachten. In 221 Fällen mit 117 Erwerbslosen bei einer Gesamtdauer von 2068 Krankheitstagen führten Verletzungen bei Ausübung der Berufes zur Krankheit und in 274 Fällen mit 89 Erwerbslosen zählen wir 1764 Krankheitstage, die infolge sogenannter Berufskrankheiten verursacht wurden. Diese hier angeführten Krankheiten umfassen insgesamt 695 Fälle mit 288 Erwerbslosen und 6390 Krankheitstagen. Das ist mehr als der dritte Teil von allen in der Statistik aufgeführten Erkrankungen.

Unser in der ersten Notiz gemachte Schlußfolgerung, daß die Krankheitsziffer der Hamburger Bäcker, trotzdem in der Innungskrankentafel größtenteils die jüngeren Ar-

beitskräfte versichert sind, sehr hoch ist, kann nach der vorliegenden Statistik noch dahin erweitert werden, daß die Krankheitsarten diejenigen Unternehmer Bügen irreführen, welche noch immer behaupten, die Ausübung der Arbeit in den Bäckereien sei weit gesünder als in andern Berufen. Die Hamburger Innung hat selbst durch ihren ausführlichen Jahresbericht diese Ansichten widerlegt.

Internationales.

Aussperrung der Budapester Bäckergehilfen. Die Budapester Kollegen sind seit ihrem letzten großen Kampfe unausgesetzt der Verfolgungswut der Unternehmer preisgegeben, ohne daß dadurch ihr Kampf esmut gebrochen werden konnte. Im Laufe der Zeit war auch die oberste Behörde Ungarns, das Ministerium des Innern, den Bäckermeistern zu Hilfe gekommen und hat die Ortsgruppe der Organisation unserer Kollegen einfach wegen angeblicher „Unregelmäßigkeiten“ aufgelöst. Aber auch dies hat den Unternehmern natürlich keine Ruhe verschafft; der Kampf gegen einzelne Scharfmacher ist mit um so größerer Energie geführt worden. Jetzt haben die Meister beschlossen, das Backen von Kleingebäck überhaupt einzustellen, damit sie die Gesellen nach Möglichkeit aussperren können. Auch dieser Schritt wird schwerlich dazu führen, daß der Kleinkampf beendet wird, um so weniger, da die allgemeine Arbeiterschaft hinter den Gesellen steht. **Zuzug nach Budapest ist streng fernzuhalten.**

Der Erfolg der Wiener Bäckerbewegung ist ein vollständiger. Der von unserer Bruderorganisation angestrebte Kollektivvertrag im Sinne der dortigen Gewerbeordnung ist unter Dach gebracht und damit auf friedlichem Wege ein besserer Tarif für alle Schwarz- und Weissbäcker erreicht als im Jahre 1907 nach einem opferreichen Kampfe für die Weissbäcker allein. Der Schwarzbäckertarif wurde damals von den Christen hintertrieben, die diesmal trotz allen guten Willens ihre Verräterkünste nicht wieder anbringen konnten und nun in ihrer Wut den Erfolg unserer Freunde verkleinern wollen. Er ist aber sehr ansehnlich, denn er bringt den Weißbäckern eine Lohn-erhöhung von einer bis zwei Kronen und den Schwarzbäckern die geforderten vier Kronen voll. Ueber die erreichten Forderungen im einzelnen und die Bedeutung der Bewegung für die österreichischen Bäcker im allgemeinen wird noch in einer der nächsten Nummern ausführlicher zu sprechen sein.

Verbandstag des Bäcker- und Konditorenverbandes der Niederlande in Den Haag.

Vom 14. bis 16. April hielten unsere holländischen Kollegen in der Residenzstadt ihres Landes ihren Verbandstag ab, der von 35 Delegierten der 26 bestehenden Zahlstellen und den 9 Mitgliedern des Hauptvorstandes in Amsterdam besucht war. Außerdem war der internationale Sekretär, Kollege Allmann-Hamburg, zu den Verhandlungen erschienen. Kollege Allmann hielt am 13. April in einer gut besuchten öffentlichen Bäcker-versammlung in Den Haag einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über den Stand der Organisation und die Lohnbewegungen unserer organisierten Kollegen in allen Ländern. Kollege Goudmit, Sekretär des Verbandes, übersetzte den Vortrag und schilderte daran anschließend die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen am Orte. In dieser Versammlung wurde mit Einstimmigkeit der Beschluß gefaßt, in diesem Jahre in eine Lohnbewegung einzutreten, und wollen wir hoffen, daß die Haager Kollegen gute Erfolge erzielen werden.

Am 14. April wurde der Verbandstag mit Begrüßungsreden der Kollegen Hillebrecht (Vorsitzender) und Allmann eröffnet. Im nun erstatteten Vorstands- und Kassenbericht wurde der gute Stand und eine erfreuliche ruhige Entwicklung der Organisation im letzten Geschäftsjahre konstatiert. Die Mitgliederzahl war im letzten Jahre um 198 gestiegen, von 1629 auf 1827. Die Diskussion über die Geschäftsberichte nahm einen vollen Tag in Anspruch, und während die übergroße Mehrheit der Delegierten ihre vollständige Uebereinstimmung und Zufriedenheit mit den Maßnahmen der Hauptverwaltung kundgab, tadelten einzelne in scharfster Weise, daß nach ihrer Ansicht der Hauptvorstand gegenüber den Verwaltungen der Konsumvereine (mit eigener Bäckerei) nicht scharf genug die Interessen der Kollegen vertrete; diese Delegierten vertraten den Standpunkt, daß die Konsumvereine ebensolche kapitalistische Unternehmungen seien, wie alle andern Betriebe. Die Zentralleitung mußte mit aller Schärfe diese Ansicht zurückweisen und danach wurde auch die Tätigkeit des Vorstandes und auch des Hauptkassierers Goudmit einmütig gut geheißt.

Bei dem Bericht über das Fachorgan wurden mehr Artikel und Notizen für die Schokoladenarbeiter verlangt, desgleichen die Aufnahme einer regelmäßigen „Wirtschaftlichen Rundschau“. Der Redakteur Goudmit verlangte größere Mitarbeit der Kollegen, besonders aber derjenigen aus der Schokoladenbranche. Auch die Tätigkeit des Redakteurs wurde gutgeheißen.

Nun spielte ein Streit zwischen der Zentralverwaltung und der Leitung der Zahlstelle Amsterdam stundenlang in der Debatte eine große Rolle. In Amsterdam bestehen 28 israelitische Bäckereien mit zusammen 250 Arbeitskräften. In fünf dieser Betriebe mit 71 Arbeitskräften kam es Anfang März zum Ausbruch eines Streiks. Nach einer Woche Dauer dieses erbitterten Kampfes kamen Verhandlungen zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften und dem Rabbinat zustande. Im Verfolg dieser Verhandlungen boten plötzlich am 23. März die sämtlichen Judenbäckermeister von Amsterdam der Hauptverwaltung der Organisation den Abschluß eines akzeptablen Tarifvertrages an, wenn der Streik noch an diesem Tage beigelegt würde. Die Hauptverwaltung der Organisation hatte nur zwei Stunden Bedenkzeit,

und in dieser Zeit war es derselben nur möglich, die Streikenden zu einer Versammlung zusammenzuholen, in welcher mit Majorität beschlossen wurde, den Tarif zu akzeptieren und dadurch den Streik aufzuheben. Nicht war es wegen der Kürze der Zeit möglich gewesen, die Ortsverwaltung von Amsterdam zu einer Besprechung zusammenzuholen, sondern die Hauptverwaltung mußte allein entscheiden. Nun waren von dem beigelegten Streik noch sieben Gemafregelte vorhanden, weshalb dieser Fiedensschluß und besonders der Verzicht auf die sofortige Einstellung dieser sieben Kollegen scharf getadelt wurde. Nach stundenlanger Diskussion, in welcher auf beiden Seiten recht scharfe Worte fielen, erklärten die Kollegen von der Hauptverwaltung, daß es in diesem Falle nicht anders ging, als selbständig zu arbeiten, daß es aber selbstverständlich in Zukunft in ähnlichen Fällen Regel bleiben solle, daß ohne die betreffende Ortsverwaltung keine Entscheidung von der Hauptverwaltung allein gefällt werden könnte. Durch diese Erklärung wurde der Streit beigelegt und gaben sich die Beteiligten damit zufrieden.

Nun wurde ein Reglement für die Besoldung der Angestellten des Verbandes ausgearbeitet und dann ging man zur Diskussion der Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung über. Die Hauptverwaltung hatte hierzu ein bis ins kleinste gut ausgearbeitetes Reglement vorgelegt. Ehe man über dieses in Beratung eintrat, wurde jedoch die ganze Frage erst mal gründlich nach der prinzipiellen Seite hin erörtert. Allmann nahm bei diesem Punkt das Wort und schilderte in ausführlicher, mit großem Beifall aufgenommener Rede, welche Erfahrungen man in Deutschland und den übrigen Ländern mit Einführung der Arbeitslosenunterstützung gemacht habe. Beschlossen wurde, daß diese Rede im Fachblatt zum Abdruck gebracht werden sollte.

Einstimmig erklärte hierauf der Verbandstag seine prinzipielle Entscheidung für die Notwendigkeit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. — Nun wurde sofort mit der Beratung des vom Vorstand vorgelegten Reglements begonnen. Der Vorstand beantragte, daß die Wochenbeiträge aller Staffeln um 3 Cent (5 ¢) erhöht werden sollten. Nun ging das bekannte Lamento der Delegierten los, welches auch unsere Mitglieder im deutschen Verband von früheren Verbandstagen her kennen, wenn die Beiträge erhöht werden mußten. Während die Vertreter der großen Zahlstellen Amsterdam, Rotterdam und dann aus Haarlem und einigen kleineren Städten energisch für die notwendige Beitragserhöhung eintraten, erklärten alle andern Delegierten, ein gebundenes Mandat dahin zu haben, daß sie gegen jede Beitragserhöhung stimmen müßten.

Mit 22 gegen 13 Stimmen wurde hierauf die beantragte Beitragserhöhung abgelehnt. Allmann stellte fest, daß hier die Majorität der Mitglieder für die Beitragserhöhung sei, während die Majorität der Delegierten dagegen stimme. Er schlug vor, nunmehr die Frage der Beitragserhöhung zum Herbst einer Urabstimmung der Mitglieder zu unterbreiten. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt und von vielen Delegierten nun aufgefordert, überall in den Zahlstellen für die so notwendige Beitragserhöhung einzutreten.

Nach diesem Beschluß wurden die Wahlen der Funktionäre vorgenommen und dann nach einem begeisterten Schlußwort des Vorsitzenden Hillebrecht der Verbandstag geschlossen.

Wir wollen hoffen, daß die Urabstimmung der Mitglieder in unsern vorwärtsstrebenden Bruderverbände die notwendige Erhöhung der Wochenbeiträge bringen wird; denn die Arbeitslosenunterstützung gehört mit zu den notwendigen Fundamenten, die Mitglieder fest an die Organisation zu ketten und den Verband selbst größer und leistungsfähiger zu gestalten. Wir wünschen unsern holländischen Kollegen auch fernerhin die besten Fortschritte in ihrer Organisation!

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die diesjährige Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände fand vom 25. bis 27. März in Berlin statt. Sie verhandelte an erster Stelle über den von der Studienkommission zur Errichtung einer gewerkschaftlich-gesellschaftlichen Versicherungskasse „Volkspflege“ ausgearbeiteten Gesellschaftsvertrag und die Versicherungsbedingungen, die die Zustimmung der Konferenz fanden. Danach wurden die gewerkschaftlichen Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats gewählt. Für den Vorstand wurden die Genossen Baepow und Bentler, für den Aufsichtsrat die Genossen Bauer, Leipart, Schlicke und Ebert, als Ersatzmänner Eißer und N. Schmidt bestimmt. Von den der Vorstandskonferenz durch den Dresdener Gewerkschaftskongress übergebenen Anträgen waren von besonderer Bedeutung diejenigen der Bildhauer und Metallarbeiter betreffs Streikunterstützung, von denen der erstere die Errichtung einer Widerstandskasse mit regelmäßigen Beiträgen unter Verwaltung der Generalkommission, der letztere bei Streiks und Aussperrungen die Erhebung entsprechender Beiträge nach Mitgliederzahl der Gewerkschaften verlangt. Nach längerer Beratung entschied sich die Konferenz für die Erhebung von Beiträgen im Umlagewege und beauftragte die Generalkommission mit der Ausarbeitung geeigneter Durchführungsverschlüsse.

Hinsichtlich der Unterstützung der Tabakarbeiter, bei welcher neben den allgemeinen Sammlungen sowohl freiwillige Beiträge der Gewerkschaftskassen, als auch feste Umlagen erhoben worden waren, wurde eine Regelung dahingehend beschlossen, daß jeder Verband einschließlich der geleisteten freiwilligen Beiträge aus der Hauptkasse pro Mitglied 20 ¢ abzuführen habe. Der über die Ausgaben hinaus verbleibende Mehrbetrag wurde den Tabakarbeitern überwiesen.

Bei der Frage der Berichterstattung über gewerkschaftliche Verbandstage durch das Pressebureau erklärte sich die Konferenz zustimmend und beauftragte die Generalkommission, mit dem Beirat des Pressebureaus über die Einführung dieser Berichterstattung weiter zu verhandeln. Der Versuch, eine Regelung der Diätenrechnung der im Be-

itz von Reichstags- oder Landtagsmandaten befindlichen besoldeten Gewerkschaftsangehörigen zu schaffen, scheiterte an der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse und Auffassungen in dieser Frage.

Die weiteren Beratungsgegenstände waren interner Natur.

Gescheiterte Einigungsverhandlungen im sächsischen Bergarbeiterstreik. Der sächsische Minister des Innern verhandelte mit den Grubenbesitzern aus dem Oelsnitz-Lugauer Streikgebiet. Die Unternehmer lehnten aber jedes Entgegenkommen ab; dagegen gaben sie das völlig wertlose Versprechen, bei steigender Konjunktur eine Revision der Löhne vorzunehmen. Die streikenden Grubenarbeiter werden zu diesem Ausgang der Vermittlungsaktion Stellung nehmen.

Am 18. April ist eine in Zwickau versammelt gewesene Revierkonferenz der Vertrauensleute zu dem Entschluß gekommen, einer Abwägung des Kampfes zuzuvorkommen und den Streik auf voller Höhe, wie im Ruhrgebiet gesehen, abzubrechen. Die zur Fortführung des Streiks nötige Dreiviertel-Mehrheit war nicht vorhanden. In den Mitgliederversammlungen am 19. April kam nach heftigen Debatten schließlich die Ansicht zum Durchbruch, daß in dieser Situation ein anderer Schritt als die Vertagung des Streiks nicht übrig blieb.

Politische Rundschau.

Aus dem Reichstage. Die Sitzungen haben am 16. April wieder begonnen. Der Präsident gedenkt zuerst der Unglücklichen bei dem Schiffunglück der „Titanic“. Das Haus schließt sich den Ausführungen an und bezeugen dies die Mitglieder durch Erheben von ihren Sitzen.

Die Beratung beginnt mit dem Titel „Reichseisenbahnname“. Der Abg. Ulrich (S.D.) kommt zuerst zum Wort. Er meint, die ausgesetzten M 500 000 seien soviel, daß man dafür etwas verlangen könnte. Bis zur Stunde habe man aber das Gefühl, daß dies Amt eine Einrichtung sei mit nur ganz minimaler Tätigkeit. Das Reichseisenbahnname sollte eine anregende, aktive Tätigkeit ergreifen. Er kritisiert hierauf die Eisenbahnverträge Preußens mit Baden und Hessen und meint, dieselben wären für Preußen wohl sehr vorteilhaft, nicht aber für die kleinen Bundesgenossen. Es muß darauf hingearbeitet werden, eine große, gemeinsame, gleichberechtigte Betriebsmittelgemeinschaft zu schaffen, eventuell alle Staatsbahnen zu Reichsbahnen umzuwandeln. Diese Forderung wird wieder scheitern mit dem Hinweis, daß kein Geld vorhanden sei — es wird eben alles für Heer und Marine verbraucht.

Der Abg. Schwabach (N.L.) gab zu, daß das Reichseisenbahnname in seiner Tätigkeit den Erwartungen nicht entspricht — aber es hat doch vieles geleistet. Dringend nötig ist eine Vereinfachung beim internationalen Zoll- und Gepäcksbeförderungswesen. Er tritt für eine reichsgesetzliche Dienstordnung des Personals ein. Preußen soll vorangehen. (Wer's glaubt?)

Schirmer vom Zentrum schloß sich den Ausführungen seines Vorredners an. Abg. Dr. Haas (F.Vp.) meinte, der Eisenbahnwagenverband hat sich vortrefflich bewährt. Für den Verkehr genügen zwei Wagenklassen. Betriebsgefährlich ist die Arbeitszeit des Zugpersonals, das zum Teil heute noch bis zu 16 Stunden Dienst macht. Der Präsident des Reichseisenbahnnames Wackerjapp verteidigte sein Amt und wies auf dessen Wichtigkeit hin. Der Gemeinshaftsvertrag Preußen-Baden-Hessen habe bis jetzt zu keinen Klagen geführt. Der internationale Verkehr ist geregelt. Die Arbeitszeit der Beamten will er nach Möglichkeit kürzen. Es ist also alles gut und alles lieb.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Vogtherr trat mit Wärme und guter Wirkung für die Verkürzung der Dienstzeit ein; er bewies mit Zahlen, daß die meisten Unglücksfälle in einer Zeit passieren, wo die Bediensteten schon sehr überanstrengt sind. Wenn der Eisenbahnpräsident ausführte, daß die lange Arbeitszeit nicht schädlich auf Gesundheit und Gefährlichkeit wirke, so sei dies „Grünetsch“-Ansicht. Er verwies dann auf das Verbot bezüglich des Verkaufs der „staatsfeindlichen Presse“; die sozialdemokratische Presse sei doch im Steigen begriffen, trotz der Zensur; nur hat sich Deutschland in der ganzen Welt blamiert, wenn man glaubt, der Bewegung Gehalt bieten zu können durch Verkaufsverbot in den Bahnhöfen. Die Bahnhöfe sind Nationaligentum; wir petitionieren deshalb nicht — sondern wir verlangen die Zulassung. Einem Verleger wurde im Reichseisenbahnname gesagt: „Wendern sie die politische Haltung Ihres Blattes, so wird dasselbe zum Verkauf zugelassen.“ Das ist widerwärtigste Korruptionsmache. Von verschiedenen Seiten wurden einzelne Fälle vorgebracht, welche alle davon zeugen, wie kleine Geister mit noch kleineren Mitteln eine in den Verhältnissen begründete Bewegung unterdrücken wollen.

Man kann diesen Menschen kaum zürnen — man könnte über sie aus Mitleid weinen.

Zum Reichsjustizamt sprach Genosse Stadthagen. Die Novelle zur Strafprozessordnung und zum Strafgesetzbuch sollte im Interesse des ganzen Volkes beschleunigt werden. Die drastischen Strafen für kleine Vergehen müssen herabgesetzt werden. Er erinnert an die schrecklichen Urteile in Offen. Dort wurden zwei Schulmädchen wegen Entwendung kleiner Kohlenstücke, die auf Steinhalden lagen, zu je sechs Wochen Gefängnis verurteilt, die Mutter wegen Hehlerei zu fünf Monaten Gefängnis, der Vater gar zu einem Jahr Zuchthaus. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wegen 10 s sogenannter Eisenbahnbetruges wurde gegen einen Kaufmann in München-Gladbach auf sechs Monate Gefängnis erkannt. Um solch unnütze Pfenninglagen zu vermeiden, ist eine Milderung des Gesetzes notwendig. Solche Fälle führte der Redner zahlreich den Zuhörern vor Augen. Kann man den Arbeitern nicht auf legalem Wege helfen, so werden trübe Wege gesucht und angewandt. So wurden Arbeiter wegen Erpressung angezeigt, weil sie ihr gutes Recht forderten. Ein Arzt, der wegen seiner religiösen Anschauung sich nicht duellierte, durfte im Gnadenwege seinen Austritt als Reserveoffizier nehmen. Das sind Begriffsverwirrungen, ein falscher Begriff von Ehre und

Recht. Stadthagen erinnerte hierauf an den Fall des Heidelberger Professors Czerny, der wegen seiner politischen Gesinnung gemahregelt wurde. Dringend nötig ist die Aenderung der Unterjuchungshaft. Dabei brachte Redner den Fall des Gewerkschaftssekretärs Schabel zur Sprache, welcher durch vom Rotkoller befallene Beamte als Mörder verhaftet wurde. Ganz anders gestaltet sich die Sache, wenn Polizei und Amtspersonen in Betracht kommen. (Fall Herrmann in Moabit.)

Abgeordneter Belzer vom Zentrum will im Gesetz mit größerer Bestimmtheit gegen die Schmutz- und Schundliteratur vorgegangen wissen; an der Mitwirkung des Laienelements will er festhalten. Das Konkursverfahren müsse besonders berücksichtigt werden, um zu ermöglichen, daß bei mit Absicht vorbereiteten Pleiten auch die Wucher derselben bestraft werden können. Belzer gab ferner auch zu, daß die Strafen im Ruhrgebiet sehr hart sind.

Der Nationalliberale Dr. v. Calker trat für Regelung des Jugendrechts ein. Bezüglich der Konkursanklage will er Aenderungen — sagt aber nicht, nach welcher Richtung; er ist eben ein vorsichtiger Professor. Von Klassenjustiz könne im Deutschen Reich keine Rede sein! Diese Behauptung kostete den Sozialdemokraten ein Lachen. Zugeben mußte Calker, daß den Professoren gar oft die Kenntnis der Tatsachen fehlt und ihre Lehre sich jahrzehntelang in aller Theorie durchschleppt. Die Frauen will er nur als Schöffen am Jugendgericht herangezogen wissen.

Abgeordneter Dove (F.Vp.) gab zu, daß er früher Stadthagen entgegengetreten ist, wenn derselbe von Klassenjustiz gesprochen hat — heute ist auch er der Ansicht, daß es solche gibt. Er meinte, wir machten zu viele Gesetze, und fand dabei großen Beifall.

Staatssekretär Lisco verteidigte natürlich die Justiz. Bevor man reformierte, müsse man erst Erfahrungen sammeln. (Selbstverständlich jahrelang! D. V.) In eine Revision der Konkursordnung ist zurzeit nicht zu denken. Ein Entwurf bezüglich der Konkursanklage ist in Arbeit, ebenso über Sachschaden der Eisenbahnen. Uebelstände in bezug auf die Gebühren der Anwälte wären auf die Zahl der Anwälte zurückzuführen. Die Vorlage über die Novelle zum Strafgesetzbuch an den Reichstag wird vor 1917 nicht erfolgen können. Natürlich gibt es auch im Ruhrgebiet keine Klassenjustiz, sondern es ist alles gut und schön.

Aus der weiteren Debatte ist noch hervorzuheben, daß auch Vertreter der Polen und Reichspartei die Gewährung von Tagegeldern für Schöffen und Geschworene befürworteten.

Vor allem andern waren aber die Ausführungen des Genossen Wolfgang Heine bemerkenswert, die zu einer um so wuchtigeren Kritik des gesamten Justizwesens wurden, weil er bei aller Schärfe strenge Sachlichkeit wahrte. Er griff noch einmal Moabit, Ruhrrevier und Breslau heraus, um den Geist der heutigen Rechtspflege zu zeichnen und brachte ein umfangreiches und vernichtendes Material gegen die herrschende Klassenjustiz herbei, das die ihm folgenden Redner dann vergeblich zu entkräften suchten.

Literarisches.

Verband der Sattler und Portefeuilier. Die Arbeitsräume im Sattler- und Portefeuiliergewerbe in gesundheitlicher Beziehung. (Eine statistische Erhebung im Herbst 1910.) 22 Seiten. Selbstverlag. — Statistische Erhebungen über die Gewerbeverhältnisse der Sattler und Portefeuilier Deutschlands für 1911. 71 Seiten. Selbstverlag.

Achtung!

Alle für Nr. 18 unseres Organs bestimmten Einwendungen müssen der Redaktion wegen Sonnabend, den 27. April, morgens, in unsern Händen sein. Die Redaktion.

Anzeigen.

Unserm Kollegen Anton Lustig und seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zahlstelle Breslau.

Unserm Kollegen Josef Mensing und seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zahlstelle Osnabrück.

Eine Bäckerei und Konditorei verbunden mit einem Café im Nordseebad Wyk a. Föhr

soil billig mit günstigen Anzahlungsbedingungen verkauft werden. Nähere Auskunft erteilt Heiner Boysen in Wyk a. Föhr.

Für große Brotfabrik (Sachsen) wird absolut tüchtiger **Brotmeister** gesucht, welcher sich Interessenthalb mit M. 10—20 000 beteiligen kann. Ausführl. Off. über bisherige Tätigkeit, private und Vermögensverhältnisse, Gehaltsansprüche usw. unter R. 3276 an Haasonstein & Vogler, Leipzig, erbeten.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei **Hans Derfuss**, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et. gegenüber dem Verbandslokal.

Zürich (Schweiz) :: Bäcker. Verkehrslokal und Herberge der Bäcker, „Gasthaus zum hintern Stern“, empfiehlt sich den organisierten Bäckereiarbeitern bestens. Bekannt durch billige Betten, gute Speisen und reelle Getränke. A. Kohler.

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei **Gg. Prem**, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw. Berlin, Schönhauser Allee 28, **Berolina-Säle.** Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung als guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar. Unterrichtsstunden: Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr. Nach dem Unterricht: **Gesellschaftsstunde.** Für gewissenhafte Ausbildung letzte Garantie. Anmeldung jederzeit erbeten. **Emil Schulz**, Tanzlehrer seit 1857, Berlin N 31, Bernauerstr. 117.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen. (Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 28. April: **Malen:** Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“. — **Bayreuth:** Im Restaurant Brey, Kirchgasse. — **Bochum:** 4 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8. — **Chemnitz:** 3 Uhr, „Zur Sängerkloge“, Fogenstraße. — **Hennigsdorf:** 4 Uhr bei Lehmann. — **Landberg a. d. W.:** 2 Uhr bei Daber, Moltkeplatz. — **Lüneburg:** 3 Uhr bei Th. Ball, Südtor. — **Stadthagen:** 4 Uhr bei Wedderhahn, Echtenstraße. — **Nürtingen-Wilhelmshausen:** 3 Uhr bei Buddenberg, Nürtingen, Peterstraße.

Mittwoch, 1. Mai: **Hamburg-Altona** (Seefahrende): 8 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberjacht 15. — **Sonneberg:** 2 Uhr, „Zur Loreley“, Steinach, S.M. — **Schwabach:** 5 Uhr „Zum Walfisch“.

Donnerstag, 2. Mai: **Verchtesgaden.** — **Danzig:** 3 Uhr bei Schatz, Fischmarkt 6. — **Freiburg i. Br.** (Section I): „Stadt Newyork“, Talstr. 11. — **Guben:** „Zum Fürsten Blücher“, Zindelplatz. — **Karlsruhe:** 3 Uhr im Restaurant „Zur Karlsruhe“, Akademiestr. 30. — **Offenbach:** 2 Uhr, im „Storch“, Schloßstraße.

Sonnabend, 4. Mai: **Cassel** (Fabrikbranche): 8 Uhr bei Dülfer, Leipziger Straße. — **Freiburg i. Br.** (Section II): In der „Lesingstube“, Hummelstraße. — **Karlsruhe** (Fabrikbranche): 8 1/2 Uhr, Kaiserstr. 18. — **London:** 8 Uhr, Public House „King and Queen“, Foley Street, Ecke Cleveland Street, London W.

Sonntag, 5. Mai: **Apolda:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Brandenburg:** Vorm. 11 Uhr, „Deutsches Haus“, Steinstraße 32. — **Coburg:** 3 Uhr im Restaurant „Neue Welt“. — **Cottbus:** 3 Uhr bei Biesl, Schloßstr. 12. — **Cresfeld:** Vorm. 11 Uhr bei Gahr, „Zum alten Museum“, Karlsplatz. — **Dortmund:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße. — **Duisburg:** 3 Uhr im „Bienenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. — **Düsseldorf:** Vorm. 11 Uhr im Volkshaus. — **Flensburg:** 2 Uhr in der „Norder-torierhalle“. — **Frankfurt a. d. O.:** Im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. — **Geesthacht:** 8 1/2 Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergedorfer Straße. — **Hannover** (Brotfabrik, Section I): Bei Wolf, Schillerstr. 4. — **Helmstedt:** Bei Lehmann, Holzberg 7. — **Hildesheim:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gohjenstr. 28. — **Hof:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Limbach i. S.:** 3 Uhr in der „Karlsruhe“, Karlstr. 14. — **Luckenwalde:** Im Gewerkschaftshaus, Beelitzer Straße. — **Lübeck:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50. — **Markredwitz:** 2 Uhr bei Böß, Schreinersberg. — **Meuselwitz:** 3 Uhr, „Zum deutschen Kaiser“. — **Rostock:** 2 1/2 Uhr, Bequinerweg 10. — **Rudolstadt:** 3 Uhr, „Zum Gambirinus“. — **Schmölln i. S.:** 2 Uhr in der „Germania“, Grimmitzauer Straße. — **Suhl:** 3 Uhr in Domburg, „Anstalt“. — **Tangermünde:** 3 Uhr im „Raiserhof“, Lange Straße 47. — **Thorn:** 2 Uhr. — **Wilm:** 3 Uhr im Restaurant „Hohentwiel“. — **Vegeack:** 4 Uhr bei Brümmer, Gerhard-Rolfs-Straße 55. — **Weimar:** 3 Uhr im Volkshaus. — **Wetzlar:** 3 Uhr, „Zum Hafertasten“, Sylhöferstr. 5.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Bienenbinderhof 57. — Verlag von D. Mannau, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kurt & Co. in Hamburg.